Bergischer Volksbote

Amtliches Verkündigungs-Blatt — Burscheider Zeitung — **für die Stadtgemeinde Burscheid**

Erscheint täglich mit Ausnahme Sonn- u. Feiertags. Bezugspreis: Monatlich durch unsere Boten gebracht einschließlich aller Beilagen 2 RM

Anzeigenpreise: 1 mm Höhe u. 45 mm Breite im Anzeigenteil 8, auswärts 12, im Reklameteil (65 mm breit) 30 Rpf — Anzeigen-Rabatt wird nur gewährt bei pünktlicher Zahlung

Beilagen Der Sport vom Sonntag (Montag), Unterhaltungsbeilage (Dienstag), Aus dem Reiche der Frau (Mittwoch) Unterhaltungs-Beilage (Donnerstag), Landmanns Sonntags-Blatt (Freitag), Der Sonntag (Samstag)

Nr. 215 — Redaktion u. Geschäftsstelle Burscheid, Mittelstraße 10 — **Burscheid, Dienstag, 13. September 1932** — Postscheckkonto 28571 Köln, Fernsprech-Anschluß Nr. 431 — **72. Jahrgang**

Reichskanzler von Papen löst den Reichstag auf

Der Konflikt

Die zweite Sitzung des neuen Reichstages hat sich zu einem Tag von geschichtlicher Bedeutung gestaltet. Ihr Ergebnis ist ein Verfassungskonflikt, dessen Tragweite sich noch nicht überschauen läßt.

Auf der Tagesordnung stand: „Entgegennahme einer Erklärung der Reichsregierung". Im Reichstag bestanden kaum Zweifel darüber, daß nach der Rede des Reichskanzlers und der sich daran in den nächsten Tagen anschließenden Debatte, aber noch vor der Abstimmung über die Anträge gegen die Notverordnung und die Mißtrauensanträge die Auflösungsorder des Reichspräsidenten kommen würde. Zweifelhaft war nur, wie sich die Kampftaktik zwischen dem Reichskabinett und der Reichstagsmehrheit entwickeln würde.

Als bei Beginn der Sitzung der Kommunist Torgler eine Aenderung der Tagesordnung dahin verlangte, daß noch vor der Kanzlerrede über Notverordnung und Mißtrauensvotum abgestimmt werden sollte, glaubte kein Mensch, daß dieser Antrag durchgehen würde. Es genügt nämlich der Widerspruch eines einzigen Abgeordneten, um eine solche Umstellung der Tagesordnung zu vereiteln. Nach der Haltung der Deutschnationalen im Aeltestenrat wurde sicher mit dem Widerspruch dieser Partei gerechnet. Darum wirkte es als eine Sensation, als nach Mitteilung des kommunistischen Antrages durch den Reichstagspräsidenten von keiner Seite ein Widerspruch erfolgte.

Auf nationalsozialistischen Antrag wurde die Sitzung sofort um eine halbe Stunde unterbrochen, weil die Reichstagsmehrheit zu der überraschend gekommenen neuen Lage Stellung nehmen wollte. Die Haltung der Deutschnationalen wurde dahin ausgelegt, daß man der Regierung die Möglichkeit schaffen wollte, noch vor der jetzt auf der Tagesordnung stehenden Abstimmung, also auch vor der angekündigten Unterredung des Reichspräsidenten mit den Vertretern der Reichstagsmehrheit, den Reichstag aufzulösen.

Reichstagspräsident Göring hatte schon die Sitzung wieder eröffnet, als einige Sekunden später der Reichskanzler im Saale erschien. Von Papen zeigte ostentativ den roten Aktendeckel, der in der Vorkriegszeit als die traditionelle Hülle für die Auflösungsorders galt. Der Reichstagspräsident erklärte kurz, daß die Tagesordnung nach dem kommunistischen Antrag geändert sei, und er eröffnete sofort die gemeinsame namentliche Abstimmung über Notverordnung und Mißtrauensantrag. Reichskanzler von Papen erhob sich und meldete sich durch Handaufheben zum Wort. Der Reichstagspräsident übersah das geflissentlich, und als der Reichskanzler die Wortmeldung mündlich am Präsidententisch vorbrachte, erklärte Präsident Göring, während der Abstimmung könne er das Wort nicht erteilen. Nun öffnete der Reichskanzler den roten Deckel und legte die Auflösungsorder auf den Präsidententisch. Präsident Göring schob sie weg mit der Bemerkung, während der Abstimmung könne er sich mit anderen Dingen nicht beschäftigen.

Im Saale wußte man natürlich genau, was gespielt wird, und die Vertreter der schärfsten Opposition riefen höhnisch zum Regierungstisch, der Reichskanzler sei zu spät gekommen. Sein Ueberrumpelungsversuch sei vereitelt. Die Mitglieder der Reichsregierung verließen den Saal.

Als Ergebnis der Abstimmung stellte der Präsident fest, daß der Antrag auf Aufhebung der Notverordnung und zugleich der Mißtrauensantrag gegen das Reichskabinett mit 513 gegen 32 Stimmen bei fünf Enthaltungen angenommen sei.

Den Meldungen zur Geschäftsordnung, die von Deutschnationalen und vom kommunistischen Fraktionsführer eingegangen waren, gab Präsident Göring keine Folge. Nach der Geschäftsordnung ist er dazu auch nicht verpflichtet.

Er erklärte unter großer Spannung des Hauses, daß er nach der Verfassung nicht verpflichtet gewesen sei, dem Reichskanzler während der Abstimmung das Wort zu erteilen oder die Abstimmung durch Verlesung der ihm inzwischen überreichten Auflösungsorder zu unterbrechen. Jetzt aber sei diese Auflösungsorder hinfällig geworden, denn sie sei gegengezeichnet von dem Kanzler einer Regierung, der der Reichstag mit überwältigender Mehrheit das Mißtrauen ausgesprochen habe, die also nach der Verfassung nicht mehr im Amte sei. Unter dem stürmischen Beifall der Mehrheit erklärte Präsident Göring weiter, daß er die Verfassung und die Rechte der Volksvertretung wahren und den Reichspräsidenten unter Hinweis auf die durch die Abstimmung geschaffene Lage um Zurücknahme der Auflösungsorder bitten werde. Präsident Göring bekundete die Nichtanerkennung der Auflösungsorder auch dadurch, daß er für Dienstag eine neue Reichstagssitzung einberief.

Damit ist ein schwerer staatsrechtlicher Konflikt zwischen der Reichsregierung und der Reichstagsmehrheit ausgebrochen. Die Reichsregierung betrachtet das Vorgehen des Reichstagspräsidenten als verfassungswidrig. Sie steht auf dem Standpunkt, daß der Reichstag im Einklang mit der Reichsverfassung aufgelöst sei und daß die Einberufung einer neuen Sitzung des bereits aufgelösten Reichstages Gesetz und Verfassung widerspreche. Die Reichstagsopposition gegen die Regierung ist in der Beurteilung der staatsrechtlichen Konsequenzen des Konfliktes nicht einig. Die sozialdemokratische Fraktion hat bereits erklärt, daß sie den Reichstag als aufgelöst betrachte und deshalb an der für Dienstag einberufenen Aeltestenratssitzung, also auch an einer eventuellen Reichstagssitzung, nicht teilnehmen werde. Die vier Abgeordneten der Staatspartei, die sich an der Abstimmung nicht beteiligt hatten, haben erklärt, daß sie die Begründung der Auflösungsorder für verfassungsrechtlich unmöglich halten, die Begründung nämlich, daß der Reichstag aufgelöst werde, weil von ihm eine Ablehnung der Notverordnung zu befürchten sei. Da auch die Zentrumsfraktion erklärt hat, daß nach ihrer Auffassung der Reichstag nicht mehr vorhanden sei, hat der Reichstagspräsident auf die Einberufung des Aeltestenrats verzichtet und statt dessen zu einer Parteiführerbesprechung eingeladen. Die nächsten Tage werden zeigen, ob sich aus dem staatsrechtlichen Konflikt noch andere Folgen als Neuwahlen ergeben.

Die Verordnung Hindenburgs

Auf Grund des Artikels 25 der Reichsverfassung löse ich den Reichstag auf, weil die Gefahr besteht, daß der Reichstag die Aufhebung meiner Notverordnung vom 4. September d. J. verlangt.

Berlin, den 12. September 1932.

Der Reichspräsident gez. von Hindenburg
Der Reichskanzler gez. von Papen
Der Reichsminister des Innern gez. Frhr. von Gayl

Der Standpunkt der Reichsregierung

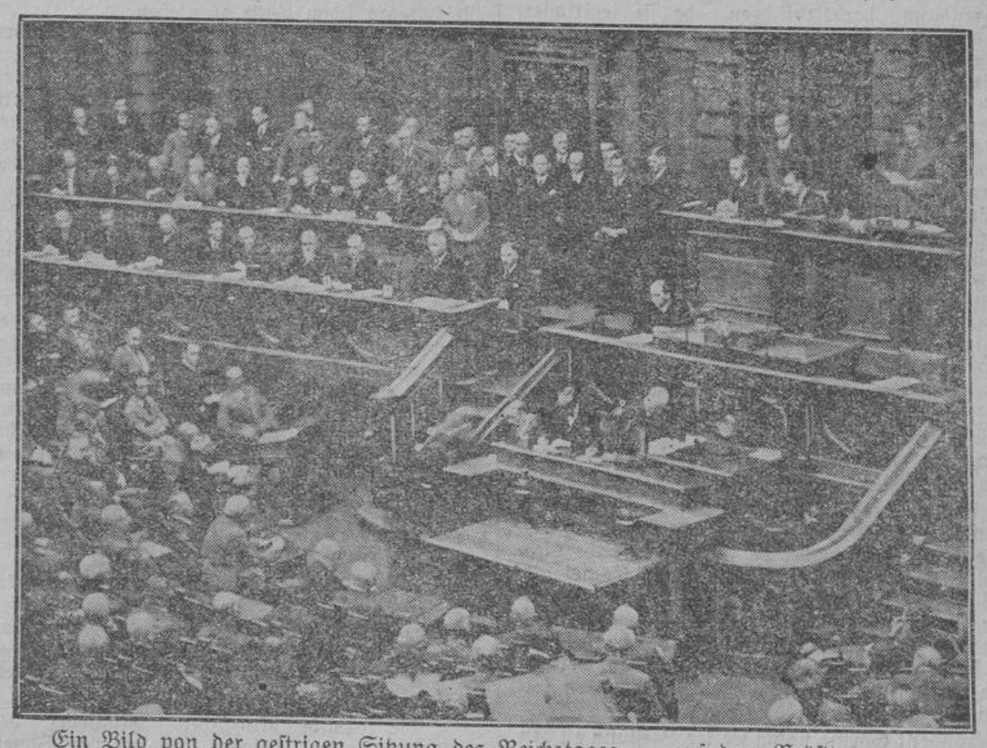
Reichsinnenminister Freiherr von Gayl sprach gestern abend vor Vertretern der Presse über die Vorgänge im Reichstag und die Auffassung der Regierung über die verfassungsrechtliche Lage bei der Auflösung.

Der Minister übermittelte eingangs seiner Ausführungen das Bedauern des Reichskanzlers, daß dieser nicht selbst vor der Presse sprechen könnte, da er in derselben Stunde den Rundfunkvortrag halte. Der Reichskanzler sei, so führte der Minister dann aus, im Reichstag erschienen, um eine umfangreiche Regierungserklärung abzugeben, um dem Reichstag und damit dem gesamten deutschen Volke die Absichten der Reichsregierung klar zu legen. Von der sich an diese Erklärung anschließenden politischen Aussprache erwartete die Reichsregierung eine Klärung der politischen Lage. Im Anschluß daran sollte dann der Empfang der Parteiführer beim Reichspräsidenten stattfinden. Der Minister schilderte dann die Situation, die sich durch überraschende Vorlage des kommunistischen Antrags zur Geschäftsordnung ergeben habe, einen Antrag auf Aufhebung der Notverordnung und die Mißtrauensvoten auf die Tagesordnung der gestrigen Sitzung zu setzen. Diesem Antrage sei überraschenderweise nicht widersprochen worden. Als dann nach der halbstündigen Unterbrechung der Sitzung der Reichstagspräsident Göring feststellte, daß kein Widerspruch erhoben worden sei und daß er daher zur Abstimmung über den kommunistischen Antrag schreiten wolle, bat in diesem Augenblick der Reichskanzler ums Wort. Dies wurde ihm vom Reichstagspräsidenten nicht erteilt. Staatssekretär Dr. Planck habe darauf dem Reichstagspräsidenten nochmals persönlich die Bitte um Worterteilung übermittelt, während gleichzeitig aus dem Hause der Antrag auf namentliche Abstimmung gestellt wurde. Als dann der Kanzler erneut ums Wort bat, wurde ihm dies wiederum abgeschlagen. Der Kanzler überreichte darauf persönlich dem Reichstagspräsidenten die Auflösungsorder.

Der Reichsinnenminister erklärte weiter, die Reichsregierung stehe auf dem Standpunkt, daß ihr auf Grund des Art. 33 der Reichsverfassung im Reichstag jederzeit das Wort erteilt werden müsse, ganz abgesehen davon, daß die Abstimmung in dem Augenblick, als der Reichskanzler ums Wort hat, noch nicht begonnen hatte. Der Minister wies darauf hin, daß er gleichzeitig, (der Reichstagspräsident), einen Antrag auf namentliche Abstimmung entgegen genommen habe. Im übrigen sei maßgebend die Tatsache, daß die Auflösungsorder dem Reichstagspräsidenten zugestellt worden sei. In diesem Augenblick sei sie in Wirksamkeit getreten. Infolgedessen seien alle später erfolgten Handlungen des Reichstages nicht verfassungsgültig. Am Schluß seiner Ausführungen gab der Minister dem Bedauern des Kanzlers und des Reichskabinetts Ausdruck, daß die Regierung nicht Gelegenheit gehabt habe, ihr Programm vor dem Reichstag zu entwickeln. Nachdem der kommunistische Antrag durchgegangen sei, mußte die Regierung zur Auflösung schreiten, da die Gefahr bestand, daß die von ihr von langer Hand vorbereitete Notverordnung zur Belebung der Wirtschaft außer Kraft gesetzt worden wäre.

Der Minister teilte mit, daß der Reichskanzler an den Reichstagspräsidenten einen Brief geschrieben habe, in dem er seine Auffassung über die verfassungsrechtliche Lage bei der Auflösung darlegte. Er ging dabei auf eine Pressemeldung ein, in der erklärt wird, daß die Reichsregierung die Absicht habe, falls der Reichstag trotz seiner Auflösung versuchen sollte, zusammenzutreten und weiterzutagen, einen solchen Zusammentritt unmöglich zu machen. In der Meldung heißt es weiter, daß die Regierung dem Reichspräsidenten noch keinen Vorschlag für die Festsetzung des Termins für die Neuwahlen gemacht habe. Diese Meldung entspreche nicht den Tatsachen und auch nicht den Anschauungen, die heute nach der Reichstagssitzung im Reichskabinett festgelegt worden seien. Er habe Grund zu der Annahme, daß nicht die Absicht bestehe, eine Reichstagssitzung für morgen anzusetzen. Vielmehr habe der Reichstagspräsident die Absicht, diese Frage vor dem Staatsgerichtshof auszutragen. Der Staatsgerichtshof sei allerdings hierfür nicht zuständig, da er nur für Auseinandersetzungen zwischen dem Reich und den Ländern eingesetzt sei, Auch sei mehr als zweifelhaft, ob die Länder hierzu aktiv legimiert seien. Es sei bisher selbstverständlich nicht möglich gewesen, über den Termin von Neuwahlen bereits Erwägungen anzustellen. Dies müsse der Entwicklung der nächsten Tage vorbehalten bleiben. Die Reichsregierung werde dem Reichspräsidenten Vorschläge unterbreiten.

In einer sich an die Rede anschließenden Aussprache antwortete Freiherr von Gayl noch auf verschiedene Anfragen. Dabei wies er darauf hin, daß aus der Auflagenachricht, die der Vorwärts gestern abend veröffentlicht hat, mit aller Deutlichkeit hervorgeht, daß die Reichsregkerung die Absicht hatte, die Regierungserklärung und die Aussprache im Reichstag durchzuführen. Auf den Einwand des Reichstagspräsidenten Göring, daß die Begründung der Auflösung mit einer Präventivmaßregel nicht möglich sei, ist zu erwidern,



Ein Bild von der gestrigen Sitzung des Reichstages — auf dem Präsidentenplatz Reichstagspräsident Goering

Ein Schreiben des Reichskanzlers an den Reichstagspräsidenten

Reichskanzler **von Papen** hat an den Präsidenten des Reichstages der 6. Wahlperiode, **Goering**, nachstehendes Schreiben gerichtet:

Ich stelle fest, daß Sie entgegen dem Artikel 33 der Verfassung des Deutschen Reiches sich geweigert haben, mir in der heutigen Reichstagssitzung das Wort zu erteilen. Sie haben mich dadurch gezwungen, Ihnen die Auflösungsurkunde des Herrn Reichspräsidenten zu überreichen, ohne sie verlesen zu können. Mit diesem Augenblick war der Reichstag aufgelöst.

Die von Ihnen nachher veranlaßte Fortsetzung der Sitzung und die von Ihnen geleitete Abstimmung waren verfassungswidrig. Auch jede weitere Versammlung und Beschlußfassung des aufgelösten Reichstages mit Ausnahme der im Artikel 35 der Reichsverfassung vorgesehenen Möglichkeiten würde gegen die Reichsverfassung verstoßen.

---

daß der Reichspräsident in der Lage ist, aus jedem Grunde aufzulösen, den er für richtig hält. Der Grund ist ganz dem Ermessen des Reichspräsidenten anheimgestellt. Wie Freiherr von Gayl schließlich noch betonte, hat die Regierung die Absicht, die verfassungsmäßigen Vorschriften innezuhalten und wenn Wahlen ausgeschrieben werden, sie unter den Bedingungen durchzuführen, die heute gelten. Eine Einschränkung müsse allerdings gemacht werden, daß Wahlen natürlich nur dann möglich sind, wenn Ruhe und Ordnung weiter gewährleistet sind. Da am Nachmittag auch Gerüchte über die Möglichkeit umgingen, daß die Reichsregierung den Ausnahmezustand erklären könnte, stellte Freiherr von Gayl fest, daß das Reichsbabinett im Augenblick keine Notwendigkeit sehe, irgendwelche Ausnahmemaßregeln zu ergreifen.

Im weiteren Verlauf der Pressekonferenz unterstrich Ministerialdirektor Gottheimer, daß der Reichstagspräsident nach seiner eigenen Angabe das Wort Abstimmung noch nicht ausgesprochen habe, als der Reichskanzler sich durch Handerheben zum Wort meldete. Ebenso habe der Reichstagspräsident bei dem Presseempfang gestern nachmittag auch erklärt, daß ihm um dieselbe Zeit das Wort „namentlich" zugerufen worden sei. Der Antrag auf namentliche Abstimmung kann nach der Geschäftsordnung aber nur bis zur Eröffnung der Abstimmung gestellt werden. Auch daraus ergebe sich, daß der Reichskanzler sich vor der Abstimmung gemeldet hat und das Verhalten des Reichstagspräsidenten mit der Geschäftsordnung in Widerspruch stehe.

Was der Reichstagspräsident sagt

Reichstagspräsident **Göring** empfing, wie das Nachrichtenbüro des VDZ. meldet, am Montagnachmittag die Presse, um seinerseits zu der Reichstagsauflösung Stellung zu nehmen. Er erklärte, daß die Reichsregierung zunächst lediglich vor dem Reichstage ihre Erklärung abgeben wollte. Schon die Art und Weise, wie die weitere Debatte verlaufen würde, sollte die Reichsregierung instand setzen, den Reichstag aufzulösen.

Als keine der Fraktionen dem kommunistischen Antrag widersprach, sei er verpflichtet gewesen, sofort zu Beginn der zweiten Sitzung mit der Abstimmung zu beginnen. Er habe die Sitzung eröffnet und sofort bei Eröffnung festgestellt, daß er die Anträge zur Abstimmung bringe. Er habe das Wort zur Abstimmung noch nicht ausgesprochen gehabt, als von Papen zunächst nur die Hand erhob, während aus der gleichen Richtung das Wort „namentlich" kam, so daß er habe annehmen müssen, auch von Papen verlange die namentliche Abstimmung.

Nach meiner Auffassung und der des Reichstages, so erklärte Präsident Göring, hatte ich die Abstimmung bereits begonnen und eröffnet, als der Reichskanzler um das Wort bat. Nach der Verfassung bin ich verpflichtet, der Reichsregierung jederzeit das Wort zu geben, aber nicht, wenn ein anderer Redner spricht oder eine Abstimmung vor sich geht. Ich habe dem Reichskanzler bedeutet, er würde sofort nach der Abstimmung das Wort erhalten. Der Reichskanzler legte darauf ein Stück Papier auf meinen Präsidententisch, das ich zunächst nicht angesehen habe. Ich habe die Abstimmung durchgeführt; sie ist eine Handlung in sich, die nicht unterbrochen werden kann. Im Augenblick, wo eine Abstimmung beginnt, ist auch das Resultat der Abstimmung mit diesem Zeitpunkt vereinigt, und die Abstimmung ist ein unmittelbares Ganzes. Als ich das Resultat bekanntgab, hatte sich die Reichsregierung bereits entfernt, und ich habe nun angenommen, daß der Reichskanzler mir auf diesem Zettel eine Mitteilung über seine Entfernung gemacht hatte. Ich habe dann gesehen, daß es sich um die Auflösung des Reichstages handelte und den Standpunkt eingenommen, daß eine Regierung, die soeben durch eine überwältigende, noch nie dagewesene Mehrheit der Vertretung des deutschen Volkes gestürzt wurde, zur Gegenzeichnung eines solchen amtlichen Erlasses nicht das Recht hat. Erst in dem Augenblick, wo der Reichspräsident diese Regierung in den Stand einer geschäftsführenden wieder einsetzt und uns die Mitteilung zukommen läßt, gewinnt auch die Gegenzeichnung dieser Regierung wieder Wert. Jedenfalls ist es ein Streitobjekt, und ich habe die Mitteilung erhalten, daß Länderregierungen die Absicht haben, augenblicklich und unverzüglich beim Staatsgerichtshof eine Entscheidung und einstweilige Verfügung herbeizuführen, da sie legitimiert sind, während der Reichstag durch eine Lücke der Verfassung nicht legitimiert ist, diesen Streit beim Reichsgericht zu führen. Die Länder werden den Streit dahin präzisieren, ob eine gestürzte Reichsregierung überhaupt durch Gegenzeichnung einen Reichstag auflösen kann. Die Frage, ob der Reichstag vor der Abstimmung bereits aufgelöst war, verneine ich auf das entschiedenste. Fest steht, wie immer auch das Reichsgericht entscheiden mag, daß die Abstimmung unter allen Umständen zu Recht besteht, daß das Kabinett Papen mit erdrückender Mehrheit gestürzt worden ist. Ich werde nun zunächst mit den Parteiführern darüber konferieren, welche Schritte weiterhin zu unternehmen sind. Bis zur Entscheidung des Staatsgerichtshofes werde ich Amtshandlungen des Reichstages, soweit es sich nicht um die fortbestehenden Ausschüsse handelt, unterlassen.

Zu der Auflösung selbst erklärt der Präsident, daß der Reichstag mit Ausnahme der Deutschnationalen die Auffassung vertrete, der Reichspräsident könne zwar de jure den Reichstag auflösen, so oft er wolle, de facto aber habe diesmal keine Begründung vorgelegen. Es sei bisher in der Geschichte noch nicht dagewesen, daß der Reichstag präventiv aufgelöst wurde, nämlich aus dem Grunde, daß die Gefahr bestand, es könnte eine Verordnung aufgehoben werden. Die Verfassung gebe dem Reichspräsidenten solchen Grund nicht an die Hand.

Präsident Göring nahm weiter Stellung zu den Gerüchten, daß vorläufig keine Neuwahl oder dann eine Wahl unter verändertem Wahlrecht erfolgen würde und erklärte: Selbstverständlich würde ein derartiger Schritt unseren schärfsten Widerstand mit allen nur denkbaren Mitteln hervorrufen. Es handelt sich hier nicht um einen Konflikt Reichstag — Reichspräsident, sondern um einen Konflikt des Volkes und seiner Vertretung gegenüber einer kleinen Schicht einer gewissen Gesellschaftsklasse. Der Reichspräsident hat seinerzeit den Reichstag aufgelöst, um das Volk nach seinem Willen zu befragen. Der Wille des Volkes ist eindeutig zum Ausdruck gekommen, und wenige Wochen später hat man sich über diesen Willen des Volkes hinweggesetzt. Als Präsident der deutschen Volksvertretung liegt es mir ob und bin ich entschlossen, alle mir zur Verfügung stehenden Mittel auszunutzen, um die Rechte des deutschen Volkes zu wahren.

Auf Fragen teilte Präsident Göring noch mit, daß er dem Reichspräsidenten brieflich mitteilen werde, daß die Reichsregierung gestürzt sei. Es sei möglich, daß das Reichsgericht auch einem gestürzten Ministerium das Recht zur Gegenzeichnung eines Auflösungsdekrets zubillige, dann bleibe aber zum mindesten die bereits erfolgte Abstimmung bestehen.

Was wird nun werden ....?

Keine Aeltestenrats- und keine Plenarsitzung

Wie das Nachrichtenbüro des VDZ. meldet, kam die vom Reichstagspräsidenten Göring am Schluß der Reichstagssitzung angekündigte Sitzung des Aeltestenrats, die bald nach dem Plenum stattfinden sollte, nicht zustande. Im Beratungszimmer des Aeltestenrats hatten sich neben dem Direktor beim Reichstage nur die kommunistischen Vertreter und der der Bayerischen Volkspartei angehörende Vizepräsident Rauch eingefunden. Präsident Göring hielt mittlerweile noch Besprechungen über die staatsrechtliche Lage ab. Schließlich wurde bekannt, daß die Aeltestenratssitzung vertagt sei, bis die staatsrechtlichen Fragen geklärt wären. Als Termin für die nächste Plenarsitzung des Reichstages war bereits Dienstag nachmittag 3 Uhr bestimmt. Es muß, wie das Nachrichtenbüro des VDZ. erfährt, als fraglich bezeichnet werden, ob nach der neuerlichen Auffassung des Präsidenten Göring über die Notwendigkeit einer vorherigen Aufklärung der staatsrechtlichen Folgen das Reichstagsplenum tatsächlich am Dienstag zusammentritt. Das würde auch für die Reichsregierung eine neue Lage ergeben, die dann wahrscheinlich nicht mehr gezwungen wäre, scharfe Folgerungen aus dem Verhalten des Reichstages schon heute zu ziehen.

Wie das genannte Büro ergänzend erfährt, fand nach der Reichstagssitzung beim Präsidenten Göring eine Aussprache zwischen den Vertretern der Nationalsozialisten und des Zentrums statt, in der die Vertreter des Zentrums zum Ausdruck brachten, daß an der Rechtsgültigkeit der Auflösung des Reichstages gar kein Zweifel bestehen könne. Als Ergebnis dieser Besprechung wurde die Aeltestenratssitzung abgesagt und der Plan eines neuen Zusammentritts des Reichstages fallen gelassen. Präsident Göring hat sich vorbehalten, eine Klärung der verfassungsrechtlichen Streitfrage durch Juristen herbeiführen zu lassen. Es ist möglich, daß deshalb der Staatsgerichtshof angerufen wird, was nötigenfalls wegen der vielleicht umstrittenen Legitimation zu einem solchen Vorgehen durch eine oder mehrere Länderregierungen geschehen könnte. Bis zu einer solchen verfassungsrechtlichen Entscheidung wird jedenfalls eine neue Reichstagssitzung nicht stattfinden.

Abg. Löbe beruft den Ueberwachungsausschuß ein

Als Mitglied des Aeltestenrats und zugleich als Vorsitzender des Ueberwachungsausschusses hat der sozialdemokratische Abg. Löbe, wie das Nachrichtenbüro des VDZ. hört, folgenden Brief an den Reichstagspräsidenten Göring gerichtet:

„Sehr geehrter Herr Präsident!

Die sozialdemokratischen Mitglieder des Aeltestenrates nehmen an der von Ihnen einberufenen Aeltestenratssitzung nicht mehr teil, da der Aeltestenrat durch die Auflösung des Reichstages mit betroffen worden ist.

Die staatsrechtlichen Fragen, die in Ihrer Schlußansprache aufgeworfen wurden, gehören vor den Ausschuß zur Wahrung der Rechte des Parlaments, der von der Auflösung nicht betroffen wird. Als Vorsitzender berufe ich diesen Ausschuß ein und werde den Zeitpunkt der Sitzung noch heute bekannt geben.

Mit vorzüglicher Hochachtung

gez. Löbe.

Eine Fraktionsführerbesprechung

aller Reichstagsfraktionen mit Ausnahme der Deutschnationalen, die als Ersatz für den nach der Auflösung des Reichstages nicht mehr bestehenden Aeltestenrat Montagabend unter dem Vorsitz des Reichstagspräsidenten Goering zusammentrat, hatte, wie das Nachrichtenbüro des VDZ. erfährt, das Ergebnis, daß am Dienstagvormittag der Ueberwachungsausschuß und am Dienstagnachmittag der Auswärtige Ausschuß des Reichstages Sitzungen abhalten sollen. Diese beiden Ausschüsse bleiben nach der Reichsverfassung bestehen, auch wenn der Reichstag vertagt ist oder kein Reichstag mehr vorhanden ist.

Im übrigen hat sich an der Situation, so wie sie Reichstagspräsident Goering nachmittags der Presse geschildert hatte, nichts geändert. Der Reichstag selbst wird also vorläufig nicht mehr zusammentreten. Den Vorsitz im Ueberwachungsausschuß führt der frühere Reichstagspräsident Löbe, den Vorsitz im Auswärtigen Ausschuß der nationalsozialistische Fraktionsführer Dr. Frick.

Die Stellung des Reichsbeauftragten Freiherrn von Lersner

In Erörterungen über die Aufgaben des Freiherrn von Lersner, der als Vertrauensmann der Reichsregierung bei den süddeutschen Staaten berufen worden ist, sind verschiedene Unklarheiten enthalten. Wie von amtlicher Seite mitgeteilt wird, handelt es sich nicht um die Schaffung einer neuen Vertretung der Reichsregierung in Bayern. Freiherr von Lersner ist lediglich zum Vertrauensmann der Reichsregierung berufen worden, und nicht nur für Bayern allein, sondern für alle süddeutschen Staaten. Für diesen Auftrag ist weder in München noch in Berlin ein besonderes Büro geschaffen worden, sondern Freiherr von Lersner, der als Beamter z. D. selbstverständlich jederzeit von der Regierung wieder verwendet werden kann, wird seine Tätigkeit von Fall zu Fall im Rahmen der ihm erteilten Sondermission ausüben.

Volksbegehren gegen Notverordnung?

Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands hat beim Reichsinnenminister die Zulassung des folgenden Volksbegehrens beantragt:

Entwurf eines Gesetzes über Aufhebung einer Verordnung des Reichspräsidenten betreffend sozialpolitische Maßnahmen. Der Reichstag hat auf Volksbegehren das folgende Gesetz beschlossen, das mit Zustimmung des Reichsrates hiermit verkündet wird:

§ 1. Der zweite Teil „sozialpolitische Maßnahmen" der Verordnung des Reichspräsidenten zur Belebung der Wirtschaft vom 4. September 1932 wird mit Wirkung vom 4. September 1932 außer Kraft gesetzt.

§ 2. Dieses Gesetz tritt mit der Verkündung in Kraft.

Durch die Annahme dieses Volksbegehrens, so erklärt die SPD, sollen die Lohnsenkungen und der Einbruch in die Tarifpolitik unmöglich gemacht werden. Daß in das Volksbegehren die anderen Notverordnungen nicht mitaufgenommen worden sind, bedeutet nicht eine Zustimmung der sozialdemokratischen Partei zu diesen Verordnungen. Die anderen Notverordnungen enthalten Bestimmungen, die den Reichshaushalt oder Finanzgesetze berühren und die deshalb nach der Verfassung nicht auf dem Wege des Volksentscheids abgeändert werden können.

Die Ansicht der Parteien

Bayerische Volkspartei und Reichstagsauflösung

Die offizielle Korrespondenz der Bayrischen Volkspartei überschreibt ihren Kommentar über die Vorgänge im Reichstag mit der Spitzmarke: „Ein schwarzer Tag". Die überraschenden Ereignisse, die sich am Montagnachmittag im Reichstag in tragisch-dramatischer Form abspielten, seien sowohl ein schwarzer Tag für die Reichsregierung als auch für den Reichstag und vor allem für das deutsche Volk. Das Volk stehe nun am Beginn eines neuen Wahlkampfes, des fünften in diesem Jahr, und das bedeute für Volk, Staat und Wirtschaft ein schweres Unglück. Die Reichsregierung habe so im Bann des Auflösungsgedankens gestanden, daß der Reichstag den Eindruck habe gewinnen müssen, er könne machen, was er wolle, am Schluß würde doch die Auflösung als das ceterum censeo des Herrn von Papen stehen. Das habe jene gereizte Stimmung erzeugen müssen, die am Nachmittag im Reichstag zum vollen Ausbruch gekommen sei und ihren Ausdruck in der für die Regierung Papen eigentlich vernichtenden Abstimmungsziffer gefunden habe. Diese Abstimmung werde nur verständlich, wenn man in ihr eine Demonstration gegen eine Behandlungsmethode von Seiten der Regierung erblicke, die eine Volksvertretung einfach nicht ertragen könne. So habe sich ein taktischer Kampf um den Zeitpunkt der Bekanntgabe des Auflösungsdekrets entsponnen, bei dem allerdings auch der Reichstag und sein Präsident wohl nicht ganz auf der Höhe der Situation gestanden und so der Regierung einige Trümpfe in die Hände gespielt hätten, die diese stimmungsgemäß wohl weislich ausnützen werde. Nach Ausführungen über die nach Ansicht der Korrespondenz trotzdem festzustellende Rechtsgültigkeit der Reichstagsauflösung heißt es weiter, es wäre wohl denkbar, daß der Reichstag vor dem Staatsgerichtshof Klage wegen einer verfassungswidrigen Auflösung erhebe. Er selbst könne sich aber unmöglich als nicht aufgelöst erklären. Die Korrespondenz schließt, die Bayrische Volkspartei bedauere diese Entwicklung. Sie habe auf dem Standpunkt gestanden, daß alles versucht werden müsse, das deutsche Volk vor einem neuen Wahlkampf zu bewahren. Die Bayrische Volkspartei habe eine Haltung eingenommen, die alles andere als die eines Gegenspielers gegen den Reichspräsidenten sein sollte und wollte, dessen Autorität ungeschmälert aufrechtzuerhalten mehr denn je ein Gebot verantwortungsbewußter Politik sei. Die Autorität und das Ansehen des Reichspräsidenten hätten eine Stärkung erfahren, wenn es ihm mit Unterstützung vom Parlament her gelungen wäre, eine um- oder Neubildung der Reichsregierung vorzunehmen, die den notwendigen Rückhalt beim Reichstag gefunden hätte.

Eine Zentrums-Erklärung

Die Zentrumsfraktion des Reichstags trat am Montagabend zu einer Sitzung zusammen, um die durch die Auflösung des Reichstags geschaffene Lage zu besprechen. Nach eingehender Aussprache fand die nachstehende Verlautbarung die einstimmige Zustimmung der Fraktion:

„Die Zentrumsfraktion erblickt in der von der Regierung ausgesprochenen Erklärung der Auflösung des Reichstags eine schwere Schädigung von Volk und Wirtschaft und eine verhängnisvolle Verschärfung der innerpolitischen Spannungen und Gegensätze. Nach der Auffassung der Zentrumsfraktion hätte diese erneute Erschütterung unseres gesamten Volkslebens vermieden werden können und müssen. Die Zentrumsfraktion hat nichts unversucht gelassen, um alle positiven Möglichkeiten zu einer sachlichen Zusammenarbeit zwischen Reichsleitung und Volksvertretung auszuschöpfen. Die Reichsregierung hat indessen jeden derartigen Versuch vereitelt. Die Zentrumspartei muß daher jede Verantwortung für die verhängnisvollen Folgen dieser Auflösung ablehnen die weder dem Wortlaut noch dem Geiste der Verfassung entspricht. Getreu ihrer bewährten Ueberlieferung als Verfassungspartei und als Hüterin der Volksrechte wird die Zentrumspartei ihren Weg unbeirrbarer Sachlichkeit zum Wohle des Volksganzen mit äußerster Entschlossenheit fortsetzen".

Erklärung der Deutschen Volkspartei zu den Vorgängen im Reichstag

Die bisherigen Reichstagsabgeordneten der Deutschen Volkspartei erlassen folgende Erklärung:

Was wir nicht für möglich gehalten haben, ist eingetreten. Die Mehrheit des Reichstags hat ein Mißtrauensvotum gegen die Reichsregierung angenommen, bevor noch der Reichskanzler Gelegenheit erhielt, die politischen Pläne des Kabinetts vorzutragen. Wir bedauern aufs tiefste, daß die Parteien des Zentrums und der Nationalsozialisten bei diesem Vorstoß der Führung der Kommunisten gefolgt sind. Das Zusammenspiel machtlüsterner Parteien hat damit seinen größten und hoffentlich letzten Triumpf gefeiert. Die Mehrheit des Reichstags hat gegenüber einer Regierung, die gewillt ist, gewissenhaft und mutig ihres Amtes zu walten und Staat und Volk vom Abgrund zurückzureißen, voreilig und übermütig den Streit vom Zaune gebrochen. Bei dem Kampfe um staatliche Ordnung und wirtschaftlichen Aufbau lautet die Parole der Deutschen Volkspartei auch in Zukunft: Für Hindenburg und das Reich!

Von der **Deutschen Staatspartei** wird dem Nachrichtenbüro des VDZ mitgeteilt: Die Abgeordneten der Deutschen Staatspartei Dietrich, Hauß, Lemmer und Stolper haben sich an der Abstimmung über den kommunistischen Antrag auf Aufhebung der Notverordnung vom 4. September, verbunden mit einem Mißtrauensantrag gegen das Gesamtkabinett, nicht beteiligt. Ein Verfahren, das von vornherein zu schwersten Konflikten führen mußte, konnten sie im Interesse des deutschen Volkes nicht verantworten. In der Tat hat dieses Vorgehen alsbald zu dem ge

fährlichsten Verfassungskonflikt geführt, den die deutsche Republik bisher zu bestehen hatte.

*

Die Nationalsozialistische Parteikorrespondenz nimmt zu den Vorgängen im Reichstag u. a. wie folgt Stellung: Das mit der erdrückenden Mehrheit von 513 : 32 Stimmen ausgesprochene Mißtrauensvotum gegen die Regierung von Papen hat mit einem Schlage die politische Situation geklärt und vor aller Welt kundgetan und bestätigt, was wir immer behauptet haben, daß diese Regierung eine Regierung ohne Volk ist. Der Reichstagspräsident hat nach der Abstimmung der Auffassung der überwiegenden, weit mehr als zwei Drittel des Reichstages umfassenden Mehrheit Ausdruck gegeben mit der Erklärung, daß vom Herrn Reichspräsidenten nach Kenntnisnahme dieses Mißtrauensvotums erwartet werden dürfe, daß er das vor der Abstimmung unterzeichnete Auflösungsdekret zurückziehen werde. Wir können und wollen nicht annehmen, daß der Herr Reichspräsident noch länger einem Kabinett sein Vertrauen schenkt, das fast vom gesamten deutschen Volk in so unzweideutiger verfassungsmäßiger Weise im Reichstag mit schärfstem Mißtrauen abgelehnt worden ist.

*

Die deutschnationale Reichstagsfraktion veröffentlicht folgende Erklärung: „Nachdem die Nationalsozialisten im Verein mit dem Zentrum den vergeblichen Versuch gemacht hatten, den Reichspräsidenten zur Aufrichtung einer neuen Parteiherrschaft zu bewegen, gingen sie in der Reichstagssitzung am 12. September zur offenen Revolte gegen die Staatsführung über. Der Reichstagspräsident Göring hat die Entgegennahme der verfassungsmäßigen Auflösungsorder verweigert und ist in der Nichtachtung von Recht und Gesetz so weit gegangen, daß er die Auflösung als ungültig zu bezeichnen wagte. Das bedeutet die Ausrufung der Parteiherrschaft gegen den Staat. Die deutschnationale Reichstagsfraktion hat den Reichstag verlassen. Als Rumpfparlament blieben zunächst die Parlamentsparteien, bestehend aus Nationalsozialisten, Sozialdemokraten, den Kommunisten und dem Zentrum in fruchtloser Demonstration zusammen, um schon eine Stunde später in Streit zu geraten. Wir Deutschnationalen werden uns nach wie vor für die autoritäre Staatsführung des Reichspräsidenten von Hindenburg gegen Parlaments- und Parteiherrschaft einsetzen. Wir sind dessen gewiß, daß in diesem Kampfe das nationale Deutschland, das die Parteiherrschaft hassen gelernt hat, zu uns steht. Der 12. September muß zur Geburtsstunde des neuen Deutschland werden."

Kommunisten verlangen Reichstagssitzung am Mittwoch

Die kommunistischen Mitglieder des Aeltestenrates haben beim Reichstagspräsidenten Göring die Einberufung des Aeltestenrates verlangt. In dieser Sitzung solle entschieden werden über den Antrag der Kommunisten, am Mittwoch, den 14. September, nachmittags 3 Uhr eine neue Reichstagssitzung abzuhalten.

von Papens Programmrede

In einer Rundfunkrede, die über alle deutschen Sender verbreitet wurde, führte **der Reichskanzler** u. a. aus:

Meine deutschen Landsleute! Ich spreche heute durch den Rundfunk zum deutschen Volke, weil der soeben aufgelöste Reichstag es nicht einmal für notwendig befunden hat, eine Erklärung der Reichsregierung über das von ihr befolgte Programm entgegenzunehmen.

Die kommunistische aus Moskau zugereiste Abgeordnete Klara Zetkin ist von dem Reichstag mit Andacht in ihren Deklamationen angehört worden. Die Erklärung einer nationalen Regierung aber weigert sich das deutsche Volk auch nur entgegenzunehmen. Ich stelle dieses Vorgehen des Reichstages vor dem deutschen Volke fest.

In dem folgenden Rechenschaftsbericht betonte der Kanzler zunächst, daß es unmöglich sei, in drei Monaten abgeschlossene Leistungen vorzuweisen, die sich im Leben der Nation auswirken könnten.

Die Reichsregierung sei fest entschlossen, den Weg ihrer bisherigen Handlungen weiter zu beschreiten,

den Weg einer neuen unabhängigen Staatsführung. Endlich sei in Lausanne

unter das unselige Kapitel der Reparationen ein Strich

gezogen worden. Das System der Reparationen und der Youngplan als seine letzte Verkörperung sei tot und werde niemals lebendig werden. Die vereinbarte Restzahlung von höchstens drei Milliarden stehe unter den Bedingungen, die die Möglichkeit ausschlössen, daß sich daraus Gefahren für die Wirtschaft und die Finanzen Deutschlands ergeben könnten. Der Kanzler betonte, daß er schon in Lausanne den Anspruch Deutschlands vor der ganzen Welt angemeldet habe, als

Volk mit gleichen Rechten und Pflichten

in der Welt behandelt zu werden. Die Beseitigung dieser Diskriminationen dürfe nicht wieder von der Tagesordnung der internationalen Politik verschwinden. Die Herstellung der vollen Souveränität des Reiches, seiner Freiheit und Gleichberechtigung sei das grundsätzliche Ziel der Außenpolitik, sei eine Sache der Ehre und Weltachtung Deutschlands. Jede Regierung, die die großen Lebensfragen der Nation vorwärts zu treiben suche, stehe auf einer sehr viel breiteren Basis, als irgendeine Partei sie bieten könne, auf der Unterstützung des gesamten Volkes. Deutschland wolle

die Abrüstung.

Es würde auch die weitestgehenden Abrüstungsvorschläge annehmen, wenn sie gleichmäßig für alle Staaten Geltung hätten. Es sei aber unerträglich, daß das deutsche Volk weiter als Volk zweiter Klasse behandelt werde und schutzlos dastehe. Niemand habe mit größeren Hoffnungen auf die Abrüstungskonferenz gesehen als Deutschland, deren Ergebnis grausam enttäuscht habe Deutschland könne

an den weiteren Arbeiten der Abrüstungskonferenz nicht teilnehmen, bevor nicht die Frage der Gleichberechtigung im deutschen Sinne geklärt

sei. Die französische Antwortnote werde zurzeit noch geprüft. Ihr Inhalt scheine nicht geeignet, die Lösung dieses ernsten Problems zu fördern.

Zu Fragen der Innenpolitik übergehend betonte der Kanzler, daß

das große Ziel

der Reichsregierung, das sie nach ihrer festen Ueberzeugung auch erreichen werde, die

entscheidende Verminderung der Arbeitslosigkeit

sei. Durch das Wirtschaftsprogramm würden in den nächsten Monaten ¾ Milliarden für öffentliche Aufträge bereitgestellt werden. Hinzu kämen Reichsmittel für die vorstädtische Kleinsiedlung und den Bau von Eigenheimen. Die bäuerliche Siedlung sehe die Regierung als eine der bedeutsamsten nationalpolitischen Fragen an, doch seien hier zunächst schwierige Aufräumungsarbeiten zu leisten. Bei Durchführung des Wirtschaftsprogramms sei es besonders eine schwere Aufgabe, den nötigen Ausgleich zwischen den Interessen der Gesamtwirtschaft und dem besonderen Ziel zu schaffen, auch für die Landwirtschaft wieder erträgliche Verhältnisse herbeizuführen. Dem Zusammenbruch weiterer bäuerlicher Betriebe müsse Einhalt geboten, die Selbständigkeit der Nahrungsmittelversorgung sichergestellt werden. Der Kampf gegen die Arbeitslosigkeit sei beste Sozialpolitik. Selbstverständlich bekenne sich die Regierung zu ihrer Pflicht gegenüber den schutzbedürftigen Arbeitnehmern. Hier finde

die Freiheit der Wirtschaft ihre Grenze im Gebot sozialer Gerechtigkeit.

Die Regierung wolle nach der Richtschnur des Reichspräsidenten handeln, daß die Lebenshaltung der Arbeiterschaft gesichert und der soziale Gedanke gewahrt bleiben müsse. Sie lasse sich von niemand an sozialer Gesinnung übertreffen. Nur bei entscheidender Verringerung der Zahl der Arbeitslosen im kommenden Winter würden die Unterstützungen für die Erwerbslosen, die auch die Regierung gegenwärtig für zu niedrig halte, erhöht werden können. In der

Sozialversicherung

habe die Regierung bei Amtsantritt einen schwer gefährdeten Zustand vorgefunden, so daß sie zu Reformen gezwungen worden sei. Leistungen, die selbst über die Kraft einer gesunden Wirtschaft hinausgingen, müßten preisgegeben werden, denn nur dadurch sei die Zahlung der Renten zu sichern. Die sozialen Einrichtungen müßten so vereinfacht und verbilligt werden, wie es der wirtschaftlichen Not der Zeit und dem Gebot der Sparsamkeit entspreche. Niemand in der Reichsregierung denke daran, die wohlerworbenen Rechte des Versicherungsschutzes zu beseitigen, den Arbeiterschutz aufzuheben oder die begrifflichen Merkmale des Tarifvertrages zu zerstören. Das Mißtrauen in diesem Punkt sei grundlos. Allein der tief innerliche Wille lenke die Regierung, dem Volke den Wiederaufstieg aus jahrelanger Not zu bahnen. Es sei jetzt der richtige Zeitpunkt gekommen.

die Privatinitiative

wieder zu wecken. Von den Unternehmern erwarte die Regierung, daß sie die ihnen anvertrauten Mittel gewissenhaft zum Wohle des ganzen Volkes verwalteten. Sie werde mit eiserner Strenge gegen Elemente vorgehen, die sich als Parasiten der Wirtschaft auf Kosten der Arbeitnehmer bereichern wollten. Mißlinge der Plan, über die Privatwirtschaft den Organismus der deutschen Wirtschaft wieder zu beleben, so sei das freie Unternehmertum verloren. Betriebe mit staatlicher Beihilfe müßten in einer Weise staatlichem Einfluß unterworfen sein, daß ihr Ertrag nur dem gemeinen Nutzen und nicht privatem Vorteil diene. Eine wachsende

Welle der Zuversicht

gehe über die Menschheit. Aber nur durch Kampf lasse sich eine neue bessere Zukunft gewinnen. Die Regierung rufe das Volk zu ihrer letzten Anstrengung auf in dem Bewußtsein, daß damit die furchtbaren Krisenjahre auf immer hinter uns versänken.

Arbeit und Brot — der Plan der Regierung gebe beides.

Der Kanzler betonte dann weiter, daß auch der

Umbau unseres staatlichen Lebens

eine Hauptaufgabe der Regierung sei. Die Reichsregierung erblicke ihre historische Mission in der Beseitigung von Konstruktionsfehlern der Weimarer Verfassung. Es wäre auch verfehlt, an die Stelle wechselnder Parteikoalitionen die Diktatur einer Partei zu setzen, eine Staatsform, die den Bedürfnissen des deutschen Volkes niemals entspreche. Hätten deshalb, so fragte er, Millionen

den Kampf gegen das „System"

geführt, das die Beamtenschaft politisierte und die Stellen des Staates und der Verwaltung zu Pfründen herabwürdigte, das die Hoheit des Staatsgedankens untergehen ließ in dem Morast selbstsüchtiger Interessen? Die Regierung glaube, daß die formale Demokratie abgewirtschaftet habe und nicht mehr zu neuem Leben erweckt werden könne. Aus der heutigen Zersetzung unseres Staatslebens könne allein die Herstellung einer wahrhaft unparteiischen Staatsführung herausführen, die sich auf die Autorität des Reichspräsidenten stütze. Wenn heute eine Regierung das Programm auf ihre Fahne schreibe, das eine große Partei im wesentlichen gefordert habe, und wofür sie Millionen in Bewegung gesetzt hätte, dann erfahre sie sicherste Opposition, weil, ja weil sie zufällig nicht aus den Reihen jener Partei hervorgegangen sei.

Der Verwilderung des politischen Kampfes

mit persönlichen und kollektiven Verunglimpfungen müsse ein Ende gesetzt werden. Moskowitische Methoden hätten in Deutschland keinen Raum. Der Kanzler setzte sich dann mit der NSDAP. auseinander, die, wie er glaube, eine bittere Enttäuschung erleben werde, wenn sie meine, mit ihrem Kampf gegen die „feinen Leute" und gegen die sogenannten „Barone", die „Herrenschicht", neue Wahlerfolge zu erzielen. Die NSDAP. werde dabei ihr Ziel verfälschen und sich im Gegensatz bringen zu ihrer großen Vergangenheit. Der Kanzler betonte dann die Notwendigkeit einer

christlichen Jugenderziehung,

zu der es ebenfalls der Aufrichtung einer dauerhaften Staatsautorität bedürfe. Der Kanzler hielt es weiter für eine selbstverständliche Pflicht, sich

vor die historische Pflicht des Staatschefs

zu stellen. Das deutsche Volk habe ein sicheres Gefühl der Dankbarkeit für das Gottesgeschenk, das ihm den Führer in Krieg und Frieden, den Wahrer seiner besten Traditionen an der Spitze der Nation erhalten habe. So hoch die kämpfenden Gewalten von heute von diesem Symbol der Einigkeit überschattet würden, so sicher werde jeder gute Deutsche nur mit Kopfschütteln und Abscheu von Reden Kenntnis genommen haben, die jeder Ehrfurcht vor der Weisheit des Alters und der großen Persönlichkeit vermissen ließen. Die

Reform der Verfassung

werde nicht übereilt und nur in Uebereinstimmung mit den Ländern einer Lösung zugeführt werden. Es sei ein Entwurf beabsichtigt, der auf Grund der Erfahrungen der Geschichte und der Eigenart unserer Heimat für lange Zeit die Grundlage unseres staatlichen Lebens sichern solle. Ganz dringend sei dabei die Frage einer

Neuregelung eines Aufbaus des Reiches.

Ausgeschlossen müsse in Zukunft ein Gegeneinander- und Nebeneinanderregieren im Reich und in Preußen sein. Man werde den geschichtlich gewordenen preußischen Staat nicht zerschlagen, aber notwendig sei eine organische Verbindung der preußischen Regierung mit der des Reiches. Hier läge die Möglichkeit einer durchgreifenden Verwaltungsreform und Verwaltungsverbilligung. Die Regelung des Verhältnisses zwischen Reich und Preußen werde die Eigenstaatlichkeit der anderen deutschen Länder nicht antasten. Die Bande des Blutes, der Sprache und der gemeinsamen Kultur zwischen uns und den Deutschen jenseits der Grenzen würden unzerreißbar sein bei einer Gliederung des Reiches, die jenseits eines starren Zentralismus die Sicherheit einer starken Reichsgewalt erhalte. Das Programm der Reichsregierung sei ein einheitlicher und folgerichtiger Plan zur Wiederherstellung von Wirtschafts- und Staatsleben. Die Regierung betrachte sich hierbei als Vollstrecker eines nationalen Willens, der zwar seinen Niederschlag noch nicht in manchen Parteien gefunden haben möge, der aber der eigentliche und wahre Volkswille sei.

Die Sicherheit für das politische und wirtschaftliche Leben bestehe in der unerschütterlichen Entschlossenheit der Regierung, die im Auftrage des Reichspräsidenten gefaßten Pläne bis zum Erfolg durchzuführen.

Der Kanzler schloß: Ich hatte die Absicht, von der Tribüne des Reichstages die erwählten Vertreter des Volkes aufzufordern, dem Lande dadurch zu dienen, daß sie der Reichsregierung die Durchführung ihres Programms ermöglichen. Die Volksvertretung hat mich daran gehindert. Sie hat es nicht gewollt. Deshalb rufe ich dem Lande in dieser Stunde zu:

Mit Hindenburg und für Deutschland!

Die französische Antwort

Die Antwort der französischen Regierung auf das deutsche Verlangen auf Gleichberechtigung stellt in der deutschen Uebersetzung ein Schriftstück von etwa elf Schreibmaschinenseiten dar.

Frankreich lehnt in der Antwort eine deutsche „Aufrüstung" ab und verweist die Entscheidung über den deutschen Anspruch auf Gleichberechtigung an den Völkerbund, bei dem allein die Entscheidung liege.

Die Antwort gliedert sich in zwei Teile, deren erster sich mit der Abrüstungskonferenz beschäftigt, während in dem zweiten Teil die Antwort auf das deutsche Verlangen im einzelnen gegeben wird.

In dem ersten Teil der Antwort erklärt die französische Regierung u. a., daß die deutsche Auffassung, der Verlauf der Abrüstungskonferenz werde unbefriedigend bleiben, den Ereignissen vorgreife und sich bei gerechter Bewertung des bereits Geleisteten nicht rechtfertigen lasse.

U. a. heißt es in der Note noch:

Weder im Teil V des Vertrages (von Versailles) noch in der Völkerbundssatzung findet sich irgendeine Vorschrift, wonach eine allgemeine Beschränkung der Rüstungen die Richtigkeit der im Vertrage enthaltenen Bestimmungen dauernden Charakters zur Folge hätte. Mit diesem rechtlichen Vorbehalt erklärt sich Frankreich bereit, seinerseits an der Prüfung dieses Problems auf dem gleichen Fuße wie alle anderen Beteiligten und mit dem Wunsche mitzuarbeiten, daß in den künftigen Texten die Fortschritte berücksichtigt werden, die durch die Arbeiten der Konferenz selbst erzielt sein werden.

Zur sachlichen Seite erklärt die Note, die französische Regierung brauche nicht zu zögern, die Richtschnur ihres Handelns bekanntzugeben. Sie werde auf dem Wege der Abrüstung um so weitergehen, je größere Garantien sie in der allgemeinen Organisation des Friedens finde.

In dem zweiten Teil der Antwort wendet sich die französische Note dem Abschnitt 7 der deutschen Zusammenfassung zu, in dem auf organisatorische Aenderungen (Abstufungen der aktiven Dienstzeit, Freiheit in der Gliederung der Wehrmacht, Errichtung einer Miliz) hingewiesen wird. Um sicher zu sein, daß es in diesem Text keine irrtümliche Auslegung gebe, habe die französische Regierung sich an die Erklärungen des Reichswehrministers in der „Newyorker Times" vom 8. August, des Heimatdienstes vom 1. September und des Resto del Carlino vom 31. August gehalten. Es handele sich demnach darum, daß für Deutschland auf dem Gebiete des Heeres Luftstreitkräfte, Kampfwagen, schwere Artillerie sowie Luftabwehrgeschütze und auf dem Gebiete der Marine Unterseeboote, Flugzeugmutterschiffe und Panzerschiffe gefordert würden. Kein Zweifel: Es handle sich hier um eine Aufrüstung. Sodann fährt die Note wörtlich fort:

Schon jetzt muß darauf hingewiesen werden, daß diese Aufrüstung sich unabwendbar auf alle die Staaten ausdehnen würde, die durch Verträge an ein ähnliches Regime gebunden sind wie Deutschland. Eine Aufrollung des ganzen mittel- und osteuropäischen Problems wäre also die unmittelbare Folge und auf dieser breiten Grundlage würde das Wettrüsten von neuem beginnen. An der Frage, die Frankreich vorgelegt worden ist, ist also ganz Europa unmittelbar interessiert, und Frankreich kann sich nicht darauf einlassen, auf ein Problem von solchem Umfang für sich allein eine Antwort zu erteilen.

Und es geht offensichtlich um noch mehr. Da nach den Erklärungen, die die Herren Minister von Neurath und von Schleicher am 29. August dem Herrn Botschafter Francois Poncet gegenüber abgegeben haben, Deutschlands Forderungen sich auch auf das Seewesen erstrecken, würde das gesamte Flottenregime der Mächte mit ins Spiel gezogen werden.

Die Unvorsichtigkeit einer Einzelantwort würde also das gesamte Rüstungsregime der Welt berühren. Dieser Gesichtspunkt kann dem Scharfsinn der verantwortlichen Staatsmänner nicht entgehen.

Wenn also Deutschland auf seinen Absichten besteht, so muß eine allgemeine Aktion durchgeführt werden. Auf welchem Boden? Nicht auf dem Boden der Abrüstungskonferenz. Zunächst deshalb, weil die Forderung Deutschlands dem Ziel dieser Konferenz — das darin besteht, Herabsetzungen und nicht Erhöhungen der Rüstungen zu erzielen — seinem Wesen nach direkt widerläuft, und ferner deshalb, weil an dieser Konferenz Vertreter von Nationen teilnehmen, die an den Friedensverträgen nicht beteiligt waren. Die erforderlichen Verhandlungen könnten zweifellos nicht geführt, ja nicht einmal angebahnt werden, ohne Befragung der Mächte, die dem Vertrauenspakt vom 13. Juli 1932 beigetreten sind. Außerdem ist für die Diskussion der Vertrag von Versailles maßgebend, der nicht einseitig abgeändert werden kann und besonders der Artikel 164, in dessen zweiten Absatz es heißt: Es ist keinerlei Aenderung in dem durch den Vertrag bestimmten Rüstungsstande gestattet, bevor Deutschland nicht in den Völkerbund aufgenommen worden ist. Dieser kann etwa wünschenswert erscheinenden Abänderungen zustimmen.

So liegt also die Entscheidung allein beim Völkerbund. Frankreich kann den Verpflichtungen, die es ihm gegenüber eingegangen ist, nicht zuwiderhandeln, und wir behalten uns vor, vor dem Völkerbund gegebenenfalls die Gründe darzulegen, die uns hindern, einer Wiederaufrüstung Deutschlands zuzustimmen.

Die Wohnungsprobleme

Im Rathaus zu Kassel versammelten sich in in der Generalversammlung der Kommunalen Vereinigung für Wohnungswesen etwa 200 Gemeindevertreter aus allen Teilen Deutschlands. Hauptverhandlungsgegenstand war

die vorstädtische Kleinsiedlung,

über die Oberbürgermeister Dr. Stadler-Kassel, Stadtbaurat Dr. ing. Wolf-Leipzig und Stadtoberbaurat Jobst-Kassel sprachen. Nach einer ausgedehnten Aussprache wurde eine Entschließung angenommen, in der die Fortsetzung der vorstädtischen Kleinsiedlung zwar befürwortet, aber ihre Beschränkung auf diejenigen Orte gefordert wird, in denen die Voraussetzungen für sie gegeben sind. Auch bedürfe die Durchführung der vorstädtischen Kleinsiedlung Verbesserungen hinsichtlich der Landzuteilung und der Finanzierung. Einstimmig brachte die Versammlung zum Ausdruck, daß unbeschadet der wünschenswerten Weiterförderung der vorstädtischen Kleinsiedlung darauf hingewiesen werden müsse, daß auf diesem Wege allein insbesondere die in Großstädten immer noch vorhandene Wohnungsnot nicht zu beseitigen sei. Da das Angebot an Kleinwohnungen in vielen Fällen nicht einmal ausreiche, obdachlose Familien unterzubringen, bedürfe es in dieser Hinsicht baldiger planmäßiger durchgreifender Maßnahmen.

Im weiteren Verlauf der Tagung sprachen noch Stadtrat Dr. Hiller-Halle über „Wohnungsaufsicht und Wohnungspflege" und Direktor Brehme-Kassel über „Die Sanierung der Kasseler Altstadt".

Der Tagung war eine Arbeitssitzung der Gruppe der kommunalen Baugesellschaften vorangegangen, in der besonders das Problem der Rentabilität der Wohnungsbauten behandelt wurde.

Aus dem Reichsstädtebund

Der Hauptausschuß des Reichsstädtebundes, der Spitzenorganisation von 1570 mittleren und kleinen Städten mit einer Einwohnerzahl von zehn Millionen, nahm zu den aktuellen Fragen der Kommunalpolitik Stellung. In seiner Begrüßungsansprache protestierte der Bundespräsident, **Oberbürgermeister Dr. Belian,** dagegen, daß die Städte unter 10 000 Einwohnern durch die letzte preußische Verordnung unter die Dienstaufsicht der Landräte und die Verwaltungsgerichtsbarkeit der Kreisausschüsse gebracht worden sind und forderte, daß die preußische Regierung diese Bestimmungen aussetzen möge, bis in Verhandlungen mit dem Reichsstädtebund als Spitzenvertretung der betroffenen Städte, eine befriedigende Lösung gefunden sei.

Im Verlaufe der Tagung ergriffen das Wort **Ministerialrat Dr. Kaisenberg** vom Reichsministerium des Innern, der die Grüße der Reichsregierung überbrachte, ferner der geschäftsführende Präsident **Dr. Hackel,** der über kommunale Finanzfragen sprach und der geschäftsführende Vizepräsident **Dr. Voigt-Berlin,** der einen Vortrag über Verwaltungsreform und die Rechtsstellung der kreisangehörigen Städte hielt.

Keine Mehrausgaben durch die Personalveränderungen in Preußen

Es ist behauptet worden, daß durch die Personalveränderungen in Preußen der Personaletat mit rund 1 Million mehr belastet worden sei. Wie von amtlicher preußischer Seite demgegenüber festgestellt wird, sind keinerlei Mehrausgaben durch die Personalveränderungen entstanden. Ebenso unzutreffend sind die Behauptungen über die Bezüge des Bevollmächtigten des Reichskommissars, Dr. Bracht. Dr. Bracht bezieht nach wie vor sein Gehalt als Oberbürgermeister von Essen, das während der Dauer seiner Amtszeit vom preußischen Staat übernommen worden ist

Erdstoß in Niederländisch-Indien

aus. Amboina (Niederländisch-Indien), 12. September, wird gemeldet: Infolge eines heftigen Erdstoßes, wie man seit 1898 keinen verspürt hatte, sind 60 Häuser eingestürzt.

Noch immer Sperrmaßnahmen gegen den Danziger passiven Veredelungsverkehr

Die Regierung der Freien Stadt Danzig hat eine Note an den diplomatischen Vertreter der Republik Polen in Danzig gerichtet, in der festgestellt wird, daß die von den Völkerbundsinstanzen als unzulässig erklärten Sperrmaßnahmen gegen Waren des Danziger passiven Veredelungsverkehrs allen Entscheidungen zum Trotz unvermindert in aller Schärfe weiter aufrechterhalten worden seien, und zwar auf Veranlassung und unter Mitwirkung höherer und höchster Stellen der polnischen Zollverwaltung. Die Danziger Regierung behalte sich vor, aus dem mit den internationalen Verpflichtungen der Republik Polen, ihrer Stellung zum Völkerbund und zu Danzig im Widerspruch stehenden Verhalten der polnischen Regierung ihre Folgerungen zu ziehen, und spreche die Erwartung aus, daß die polnische Regierung unverzüglich alle bisher unterlassenen Anordnungen treffen werde, um die Entscheidung des Völkerbundskommissars vom 29. März 1932 dem Worte und dem Geiste nach auszuführen.

Der Mord an der Sprachlehrerin Bruscato

am Tempelhofer Ufer in Berlin, eine Tat, deren Brutalität Aufsehen erregte, erscheint aufgeklärt, wenn auch ein Geständnis noch nicht vorliegt. Als dringend verdächtig wurde von der Mordkommission ein 23jähriger Bürogehilfe Friedrich Stark ermittelt. Auf Grund der Anhaltspunkte wurde Stark, der geflüchtet war, im Verlauf des Sonntagvormittags in Stuttgart ermittelt und festgenommen. Nachweislich hat Stark in Berlin Sachen veräußert, die dem Untermieter der Frau Bruscato entwendet waren.

In der Scheune verbrannt

In Großhadern brannte am Sonntag auf dem Grundstück des Oekonomierats Weinberger eine große Scheune mit Erntevorräten nieder. Bei den Aufräumungsarbeiten entdeckten die Feuerwehrleute die ganz verkohlte Leiche eines Knaben.

Wieder mal eine französische Hetzrede

Auf einem kleinen Soldatenfriedhof bei Nancy fand in Anwesenheit des Militärgouverneurs von Straßburg und des Marschalls Lyautey eine Gedenkfeier unter starker Beteiligung von Frontkämpfervereinigungen, die mit ihren Fahnen aufmarschiert waren, statt. Diese Gelegenheit hielt der frühere Minister, Abgeordneter **Desire Ferry,** für angebracht, eine Hetzrede gegen Deutschland zu halten. Er erklärte u. a., Frankreich dürfe eine Aenderung der Militärklausel des Versailler Vertrages nicht annehmen. Es werde Deutschland, das, wie er behauptete, von dem alten kriegerischen Geist beseelt sei, nicht erlauben, seine einstige militärische Hegemonie wieder herzustellen, die dem Frieden verhängnisvoll geworden sei. Desire Ferry äußerte dann die Ansicht, daß seine irregulären Formationen und seine „geheime Kriegsmaterialfabrikation" (!) eine Verletzung dieser Militärklausel darstellten. „Diese Drohungen des Generals von Schleicher", so drückte sich der Redner aus, „schüchtern uns nicht ein, aber sie geben gewissen Kreisen bei uns einen Vorwand, unsere Aufrüstung zu verlangen. Das ist für uns eine Warnung. Frankreich darf seine nationale Verteidigung nicht schwächen, wenn es nicht aufs neue die Beute des preußischen Militarismus werden will." Desire Ferry glaubte zum Schluß versichern zu können, daß alle Franzosen einmütig hinter die Regierung treten würden, die den Absichten Deutschlands Hindernisse in den Weg zu legen verstehe und somit der Friedenssache diene.

Unterstaatssekretär Castle über die Rede Edges in Meaux

Aus Washington, 12. Sept., wird berichtet: Unterstaatssekretär Castle erklärte heute, daß die Rede, die der amerikanische Botschafter Edge gestern bei der Enthüllung des Denkmals für die französische Nation in Meaux gehalten hatte, weder auf Veranlassung des Staatsdepartements erfolgt sei noch der Text der Rede hier vorgelegen habe. Die Rede des Botschafters dürfe nicht in einzelne Sätze zerpflückt werden, sondern sie müsse als einheitliches Ganzes gelten. Man müsse auch davon ausgehen, was die Veranlassung dazu gewesen sei. Der Gedanke, ein Monument zu stiften, sei bereits im Jahre 1917 aufgekommen. Edge habe offenbar lediglich erneut betonen wollen, daß Amerika sich stets auf die Seite des angegriffenen Staates stelle und stellen werde. Amerikas Standpunkt zu den französischen Wünschen in der Frage der Sicherheit sei bekannt und habe sich nicht geändert. Amerika werde sich niemals auf einen Sicherheitspakt einlassen, d. h. es werde sich nie vertraglich zur Waffenhilfe für ein anderes Land verpflichten.

Vier Tote auf dem Richthofen-Schacht geborgen

Aus Kattowitz, 12. Sept., wird berichtet: Die Bergungsarbeiten auf dem Richthofen-Schacht, die sich äußerst schwierig gestalteten, da eine neue Strecke von etwa 20 Meter gefahren werden mußte, um an die Leichen heranzukommen, sind Montag früh beendet worden. Nachdem bereits am Samstag zwei Leichen geborgen worden waren, sind die beiden letzten Verschütteten am Montag geborgen worden. Die Grubenverwaltung hat sich wegen Freigabe der Leichen an die Staatsanwaltschaft gewandt, da die Toten, die schon stark in Verwesung übergegangen sind, alsbald beerdigt werden sollen. Die Bergleute sollen auf dem Janower Friedhof am Mittwoch in einem gemeinsamen Grab beigesetzt werden.

Zwei Tote bei einem Sportflugzeugabsturz

In der Nähe von Zürich stürzte am Sonntagabend ein Sportflugzeug ab. Die beiden Insassen waren sofort tot.

Udet sucht nach den Hutchinsons

Die deutsche Universal-Film-Korporation teilt mit, daß der Flieger Udet, der sich zu Filmaufnahmen der deutschen Universal-Film-Expedition in Grönland aufhält, sofort nach Bekanntwerden von dem Verschwinden der Fliegerfamilie Hutchinson angewiesen worden sei, mit seinen drei Flugzeugen die Suche nach den Verschollenen aufzunehmen. Dr. Franck, der Regisseur der Filmexpedition, unterbricht auf Anweisung der Berliner Zentrale die Aufnahmen und stellt die ganze Organisation ebenfalls in den Dienst der Nachforschungen.

Tanz-Kursus in

Burscheid

Gasthof „Zur alten Post". (Inhaber: Ww. Hugo Urbahn.)

Erste Unterrichtsstunde: Donnerstag, d. 15. September, 20 Uhr. Mäßiges Honorar, keine Nebenkosten.

Anita und Gerda **BERIT** Mitgl. d. A. D. T. V. L.-Schlebusch I, Mauspfad 6, Tel. 536.

Obst zum Pressen

wird angenommen

Wilhelm Dahlhaus, Heide
Fritz Roth, Lungstraße
Peter Roth, Burscheid

Vermessungsarbeiten

für das Kataster, wie Teilungen, Grenzfeststellungen, sowie Lagepläne für Conzessionsgesuche jeder Art, Sicherstellung von Wasserrechten, Nivellements usw. führt aus

Theis

Staatlich vereideter Landmesser in Wermelskirchen, Fernspr. 2478

Kleine Anzeigen

Käufe und Verkäufe, Stellengesuche und Stellenangebote Vermietungen, Mietsgesuche Familien-Anzeigen usw. usw. finden weiteste Verbreitung in dem täglich erscheinenden

„Bergischen Volksboten"
(Burscheider Zeitung)

Deutschnationaler Handlungsgehilfen-Verband

Ortsgruppe Burscheid-Hilgen.

Zu der am **Donnerstag, den 15. September,** abends 8.15 Uhr, im Vereinsheim Deutsches Haus, Burscheid, stattfindenden

Monatsversammlung

laden wir hiermit freundl. ein.

Tagesordnung:

1. Kreistag.
2. Verschiedenes.

Um zahlreiches Erscheinen wird gebeten.

Der Vorstand.

Naturheilvereine.V. Burscheid

Mittwoch, den 14. September, abends 8.30 Uhr, im Vereinslokal

Mitgliederversammlung

Tagesordnung:

1. Teilnahme an dem 40jähr. Jubelfest des Brudervereins Elberfeld am Samstag, den 17. September.
2. Vorstandstagung in Elberfeld am 18. September.
3. Rednerwesen.
4. Verschiedenes.

Recht zahlreichen Besuch erbittet:

Die Vereinsleitung.

Darlehen
kurzfristig bis zu RM. 4000 Rückzahlbar bis zu 5 Jahren

Finanzierung
von Möbel- u. Autokäufen pp.

Betriebskapital
bis zu RM. 20000, rückzahlbar innerhalb 10 Jahren.

Rat und Hilfe
bei Zahlungsschwierigkeiten durch Stillhalteabkommen m. d. Gläubigern kostenlos.

Wenden Sie sich vertrauensvoll an die **„Fides" A. G. Düsseldorf, Hansahaus.**

Seriöse Vertrauensleute gesucht.

Viehmärkte vom 12. September 1932

		Essen	Dortmund	Düsseldorf	Elberfeld	Köln	Frankfurt
Auftrieb:	Großvieh	695	939	—	749	1993	1787
	Ochsen	56	60	100	169	488	—
	Bullen	248	281	102	91	685	—
	Kühe	284	493	186	253	599	—
	Färsen	73	87	99	154	210	—
	Fresser	34	18	10	82	11	—
	Kälber	466	307	483	437	1230	538
	Schafe	79	38	1	17	144	62
	Schweine	2546	2548	2482	2548	5633	4960
	Ziegen	—	—	—	—	—	—
Preise:							
Ochsen:	vollfleisch. ausgemäst. a) jüngere	29–31	30–32	30–32	31–33	31–34	30–32
	b) ältere	—	—	—	—	—	—
	sonstige vollfleischige a) jüngere	26–28	27–29	26–29	26–30	26–30	26–29
	b) ältere	—	—	—	—	—	—
	fleischige	22–24	23–26	18–25	22–25	23–26	22–25
	gering genährte	—	—	—	—	—	—
Bullen:	jüngere vollfleischige	—	30–32	26–28	—	22–25	25–27
	sonstige vollfleischige oder ausgemästete	23–25	23–27	22–25	23–25	18–21	2.–24
	fleischige	20–22	20–22	18–21	20–22	—	—
	gering genährte	15–18	16–19	—	—	—	—
Kühe:	jüngere vollfleischige	29–31	29–31	27–29	28–30	28–32	24–26
	sonstige vollfleischige oder ausgemästete	25–28	25–28	23–26	25–27	23–27	20–23
	fleischige	20–23	21–24	18–22	20–24	18–22	14–19
	gering genährte	15–18	16–20	12–17	14–19	13–16	—
Färsen:	vollfleischige, ausgemästete	30–33	30–33	29–32	30–33	30–33	30–33
	vollfleischige	26–28	27–29	25–28	26–29	24–29	27–29
	fleischige	23–25	23–26	20–23	21–25	—	23–26
Fresser:	mäßig genährtes Jungvieh	18–23	—	—	15–20	18–24	—
Kälber:	Doppellender bester Mast	64–70	—	58–65	—	58–70	—
	beste Mast- und Saugkälber	48–52	52–55	49–54	48–52	48–53	40–43
	mittlere Mast- und Saugkälber	40–46	42–50	41–48	40–47	38–46	34–39
	geringe Kälber	29–36	30–40	30–40	25–39	28–36	28–33
Schafe:	Mastl. u. ig. Masth. a) Weidemast	30–33	—	—	—	30–32	—
	b) Stallmast	—	—	—	—	—	—
	mittl. Mastl., ält. Masth., gut gen. Schafe	25–29	—	—	—	24–28	—
	fleischiges Schafvieh	22–24	—	—	—	—	—
	gering genährtes Schafvieh	—	—	—	—	—	—
Schweine:	Fettschweine üb. 300 Pfd. L.-G.	—	44–47	—	45–47	44–47	44–48
	vollfleischige von ca. 240—300 Pfd.	45–46	44–47	45–48	44–47	43–47	44–48
	vollfleischige von ca. 200—240 Pfd.	45–47	43–47	45–49	44–47	43–47	44–48
	vollfleischige von ca. 160—200 Pfd.	42–44	40–46	43–48	43–46	40–45	41–47
	fleischige von ca. 120—160 Pfd.	38–41	39–43	39–44	38–42	38–42	36–43
	fleischige unter 120 Pfd.	—	—	34–36	34–37	—	—
	Sauen	30–40	34–42	38–42	35–41	34–40	—

Die Preise verstehen sich für 50 kg Lebendgewicht und sind Marktpreise für nüchtern gewogene Tiere und schließen sämtliche Spesen des Handels ab Stall für Fracht, Markt- und Verkaufskosten, Umsatzsteuer sowie den natürlichen Gewichtsverlust ein, müssen sich also wesentlich über die Stallpreise erheben.

Reparaturen und Neuwicklungen von Elektromotoren Dynamos, Lichtmaschinen und Starter
in jeder Stärke, werden billig und prompt ausgeführt.

Fritz Jakob
Burscheid-Kuckenberg
Telefon 494

Bestellungen von

Dornaper-Düngekalk

für die Herbst-Lieferung nimmt entgegen

Wilhelm Haas
Burscheid, Fernspr. 595.

Gewinnauszug

5. Klasse 39. Preußisch-Süddeutsche Staats-Lotterie.

Ohne Gewähr — Nachdruck verboten

Auf jede gezogene Nummer sind zwei gleich hohe Gewinne gefallen, und zwar je einer auf die Lose gleicher Nummer in den beiden Abteilungen I und II

30. Ziehungstag — 12. September 1932

In der heutigen Schluß-Ziehung wurden Gewinne über 400 M. gezogen

2 Gewinne zu 1000 M. und 2 Prämien zu 500000 M. auf Nr. 341976

Ferner fielen:

2 Gewinne zu 50000 M. 157099
6 Gewinne zu 5000 M. 88199 159593 329640
12 Gewinne zu 3000 M. 12602 74804 85000 107613 214401 340125
26 Gewinne zu 2000 M. 1923 27714 88108 105932 105968 135670 147091 155984 251157 271231 301966 325292 339700
40 Gewinne zu 1000 M. 6519 7814 13621 14397 32602 53758 56179 57823 68708 100433 115319 163471 191872 271482 282643 303610 328891 336893 366234 386479
72 Gewinne zu 500 M. 567 1212 29465 31835 37265 47909 65593 81277 136457 138788 153912 162617 173397 194552 202156 211056 218501 218783 250182 251264 254247 262676 280839 281333 294753 303086 310039 322434 327030 338069 348909 353924 363791 384677 385117 393460

Schlußprämien.

Auf jede gezogene Nummer sind zwei Prämien zu je **3000** RM gefallen, und zwar je eine auf die Lose gleicher Nummer in den Abteilungen I und II:

13408 46034 58592 103139 108536 113963 118802 122874 129077 131960 134561 135180 140432 144457 158141 161135 165029 172364 175566 184376 194701 201394 222276 229112 231002 249234 255591 266698 271949 273347 275132 277629 281969 282078 292256 299792 305096 306479 309420 314375 317444 323293 332869 357909 369089 379246 387478 391259 392117 395100

Die Ziehung der 1. Klasse der 40. Preußisch-Süddeutschen (266. Preußischen) Staatslotterie findet am und 22. Oktober 1932 statt.

Bergischer Volksbote

Burscheider Zeitung

Druck und Verlag von Hermann Claas, Burscheid — Nr. 215 — 2. Blatt — Dienstag, 13. September 1932

Altweibersommer

Eine charakteristische Naturerscheinung des Spätsommers ist der Altweibersommer, mancherorts auch „Fliegender Sommer" genannt. Sprechen wir schlechtweg vom „Altweibersommer", so soll keineswegs irgend etwas gegen unsere älteren Frauen gesagt sein. Immerhin weiß aber nicht ein jeder, was mit diesem Ausdruck gemeint ist. Bei einem Spaziergang durch Feld und Wald an einem Spätsommertag hat wohl schon ein jeder einmal an Bäumen und Sträuchern lange, feine, weiße Fäden wehen sehen; der Wind spielt mit ihnen, zupft sie ab und trägt sie durch die Luft. Diese Silberstreifen sind es, die schon in grauer Vorzeit zu den mannigfaltigsten Sagen den Stoff bildeten. Häufig sagte man von ihnen, daß die Fäden aus den Spinnstuben der Elfen stammten; nach anderer Deutung gehörten sie zu den Nebeltüchern der alten Nornen und Nebelweiber, die den Sommer aus dem Land jagen wollen. Man glaubte also, daß es die alten Nebelweiber seien, die den Abschluß des Sommers bestimmten, und weihte ihnen die letzten Sommertage. Der Volksglaube brachte die feinen Gespinste auch mit den Göttern, später mit Gott und Maria in Verbindung, worauf auch die Bezeichnungen wie Marienfäden, Mariengarn und Frauensommer zurückzuführen sind. In Wirklichkeit aber sind die durch die Luft schwebenden Silberfäden natürlich nichts anderes als die Gespinste des kleinen Feldspinnen, die im Herbst vom Wind oft mitsamt den Tieren fortgetragen werden. Die Feldspinnen sind aber nur bei schönem Wetter so überaus eifrig bei der Arbeit, so daß also in dieser Beziehung tatsächlich ein Zusammenhang zwischen dem Schönwetter und den langen Fäden besteht. Nur haben sich hier in jahrhundertelanger Zeit Mythus und Wahrheit ganz wunderlich geeint und verschmolzen. Nur so ist der beinah spöttisch klingende Name „Altweibersommer" zu erklären.

Sonntagsfahrkarten zur Kölner Messe

Wie uns die Reichsbahndirektion Köln mitteilt, hat die Hauptverwaltung der deutschen Reichsbahngesellschaft Berlin auf Antrag der Messe- und Ausstellungs-Gesellschaft mbH Köln, Sonntagsrückfahrkarten anläßlich der Kölner Herbstmesse 1932 eingeführt und zwar:

a) für die Besucher der Sondergruppe Haus- und Küchenbedarf, Dauer 18. September bis 20. September;

b) für die Besucher der Gastwirtsmesse, Dauer 17. September bis 25. September.

Zu a) An die mit einem von der Messe- und Ausstellungs-Ges. mbH ausgefertigten Einkäuferausweis für die Sondergruppe der Herbstmesse „Haus- und Küchenbedarf" versehenen Besucher der Herbstmesse können von allen im Umkreise von 200 Klm. von Köln gelegenen Bahnhöfen Sonntagsrückfahrkarten (feste und Blankosonntagsrückfahrkarten) nach Köln an folgenden Tagen und mit folgender Geltungsdauer ausgegeben werden am:

1. 17. September (Sonnabend) geltend ab 12 Uhr bis zum 19. September (Montag) 12 Uhr (Antritt der Rückreise);
2. 18. September (Sonntag) geltend ab 0 Uhr bis zum 19. September (Montag) 12 Uhr (Antritt der Rückreise);
3. 19. September (Montag) geltend ab 0 Uhr bis 24 Uhr (Antritt der Rückreise);
4. 20. September (Dienstag) geltend ab 0 Uhr bis 24 Uhr (Antritt der Rückreise);

zu b) An die mit einem vom „Provinzial Wirteverband Rheinland" ausgestellten Delegierten-Ausweis oder mit einer Eintrittskarte zur Gastwirtsmesse versehenen Besucher der Kölner Gastwirtsmesse können von allen Bahnhöfen, bei denen Sonntagsrückfahrkarten bereits aufliegen, diese Sonntagsrückfahrkarten abweichend von der sonst geltenden Regelung auch ausgegeben werden am:

1. 17. September (Sonnabend) geltend ab 0 Uhr bis zum 19. September (Montag) 9 Uhr (Antritt der Rückreise);
2. 22. September (Donnerstag) geltend ab 0 Uhr bis 24 Uhr (Antritt der Rückreise);
3. 24. September (Sonnabend) geltend ab 0 Uhr bis zum 26. September (Montag) 9 Uhr (Antritt der Rückreise).

Der Sinn der Kirchenwahlen

Im November finden in der evangelischen Gemeinde Neuwahlen zu den kirchlichen Körperschaften statt.

Zu den im November stattfindenden Kirchenwahlen der evangelischen Gemeinde schreibt die „Rheinische Korrespondenz":

„Bei den für November ds. Js. ausgeschriebenen Neuwahlen zu den kirchlichen Gemeindekörperschaften in der Evangelischen Kirche der altpreußischen Union sind alle konfirmierten Gemeindemitglieder, die am Wahltag mindestens 24 Jahre alt sind, wahlberechtigt. Um ihr Wahlrecht auszuüben, müssen sich die Wähler jedoch in die kirchliche Wählerliste eintragen lassen. Die Frist zur Anmeldung läuft, da die Kirchenwahlen am 12. stattfinden, am 17. September ab. Wer als treues Glied seiner Kirche davon durchdrungen ist, daß auch hier Wahlrecht Wahlpflicht bedeutet sollte nicht versäumen, rechtzeitig diese Anmeldung zu vollziehen. Dabei wird von ihm die Versicherung verlangt, sein Wahlrecht im Sinn und Geist der evangelischen Kirche zu ihrem Wohle ausüben zu wollen.

Gewiß ist das Leben der Kirche noch weniger als das des Staates abhängig von Wahlen. Die Kirche ruht auf dem Evangelium, und die sie tragen, sind nicht Massen von Wählern, die bald hierhin, bald dorthin wandern, sondern die Gemeinschaft im Glauben verbundener Menschen. Ebenso selbstverständlich ist es aber, daß es für die evangelische Volks- und Laienkirche keineswegs gleichgültig sein kann, welche Männer und Frauen in die kirchlichen Körperschaften der Gemeinden und durch sie in die obersten Vertretungen der Kirche einziehen. Gemeindekirchenrat und Gemeindevertretung sind die kleinsten Zellen des kirchlichen Organismus, sie müssen von gesundem, starkem Leben erfüllt sein, wenn der Körper, der sich aus ihnen aufbaut, seine Bestimmung und Aufgabe erfüllen soll.

Die Kirchenwahlen finden in einer Zeit höchster politischer Spannungen statt. Die Wellen der vaterländischen Not, Erschütterung, Umgestaltung schlagen auch in die Gotteshäuser hinein. Eine Kirche, die die Schicksals- und Notverbundenheit mit unserem Volke aus ganzem Herzen bejaht, kann und will sich dem nicht entziehen. Freilich droht sogleich die Gefahr, daß kirchenfremde, insbesondere politische Bestrebungen sich eindrängen. Sie muß abgewehrt werden. Die evangelische Kirche tut auch dem Vaterland den besten Dienst, wenn sie auf ihrem ureigensten Boden bleibt und allein bestrebt ist, das Evangelium unserem Volke darzubieten und die Kräfte christlicher Gesittung in ihm lebendig zu machen. Nur diese kirchlichen Gesichtspunkte dürfen, wenn nicht der Sinn der bevorstehenden Wahlen verfälscht werden soll, für Wähler und Kandidaten maßgebend sein.

Eine ernste Verantwortung ist in die Hände der Kirchenwähler gelegt. Sie werden mit zu entscheiden haben, ob die evangelische Kirche in unserem zerrissenen Volk eine Stätte des Friedens und der Gemeinschaft im Innersten bleiben und immer mehr werden, ob sie unserem Volke dazu verhelfen kann, an seiner Seele zu genesen".

Das Hausrecht des Gastwirts

Die letzte Begründung des Reichsgerichtes

Ueber das Hausrecht des Gastwirtes, seiner Gäste und über die Art der Verhältnisse der beiden Parteien untereinander gehen vielfach noch die Meinungen auseinander. Schon mehrfach haben sich die oberen Gerichtsbehörden mit dieser Streitfrage beschäftigen müssen, und in einer neueren Entscheidung hat das Reichsgericht wieder einmal dazu Stellung genommen und das uneingeschränkte Hausrecht des Gastwirts bejaht.

Es soll ihm, so heißt es in den Gründen, unbenommen sein, den Kreis seiner Gäste zu bestimmen. Er kann nicht nur einzelnen Personen, sondern auch gewissen Kreisen der Bevölkerung den Besuch seiner Gaststätte untersagen.

Die dem Gastwirt erteilte behördliche Erlaubnis begründet nicht die Verpflichtung schlechthin, jeden Gast zuzulassen, und enthält keine Beschränkung seines freien Ermessens hinsichtlich der Zurückweisung, womit er nur von einem ihm zustehenden Rechte Gebrauch macht. Eine schikanöse Rechtsausübung wäre allerdings unzulässig. Auch eine verletzende Art der Verweisung würde den Tatbestand der Beleidigung erfüllen. Wenn diese Umstände aber nicht vorliegen, handelt der Wirt nicht gesetzwidrig, wenn er den Gast in ruhiger Form auffordert, seine Gaststätte zu verlassen. Einer Angabe von Gründen für die Aufforderung des Wirtes bedarf es ebensowenig wie einer Entschuldigung. Bei dieser Betrachtung scheiden alle Fälle aus, in denen der Gast selber Veranlassung zur Lokalverweisung gegeben hat.

Eingeschränkt ist das Hausrecht des Gastwirtes von dem Augenblick an, in dem dem Gast bereits Speisen oder Getränke verabfolgt sind. Denn jetzt hat der Wirt mit dem Gast den Bewirtungsvertrag abgeschlossen, und nur noch später hinzukommende Umstände geben dem Wirt die Berechtigung, den Gast hinauszuweisen.

Es ist selbstverständlich, daß der Wirt berechtigt ist, Personen den Aufenthalt in seinen Räumen zu untersagen, die durch Betrunkenheit, durch Lärm oder sonstiges unangebrachtes Benehmen Anstoß erregen oder deren Aufenthalt infolge schmutziger Kleidung, ekelerregender Krankheitserscheinungen oder in anderer Weise unerwünscht ist.

Oft wird angenommen, daß der Wirt, der dem Gast die Getränke verabreicht hat, die zu seiner Betrunkenheit führten, nun nicht berechtigt sei, den Gast aus seinen Räumen zu entfernen. Das ist schon aus dem Grunde unzutreffend, weil das Alkoholquantum, das vertragen wird, bei allen Menschen verschieden ist und die Lokalverweisung nur erfolgt, weil der Aufenthalt des Betrunkenen die übrigen Gäste stört. Mag nun aber die Aufforderung des Gastwirtes berechtigt oder unberechtigt sein (und daher verletzend), der Gast muß ihr Folge leisten, will er sich nicht eines Hausfriedensbruches schuldig machen. Einer mehrmaligen Aufforderung des Wirtes bedarf es nicht. Folgt der Gast der einmaligen (und als ernstgemeint erkennbaren) Aufforderung nicht, so setzt er sich der Bestrafung aus, die in der Regel schwerer ausfällt, als diejenige, die der Wirt wegen einer etwaigen Beleidigung zu erwarten hat.

Die Verkehrsübersicht

der Rheinfähre Köln—Langel/Hitdorf weist für den Monat August folgende Benutzungsziffer auf: Fußgänger 7062, Fahrräder und Motorräder 4579, Personenkraftwagen 629, Lastkraftwagen 423, Omnibusse und sonstige Kraftfahrzeuge 62 und Fuhrwerke 133.

Gegenüber dem Vormonat ist eine erfreuliche Verkehrsbelebung zu verzeichnen, die sicherlich auf eine rege Benutzung durch Ferienausflügler zurückzuführen ist. Die Zahl der Fußgänger ist um fast 600 gestiegen. Die Benutzung durch Fahr- und Motorräder weist eine Steigerung von rund 1000 auf. Während bei den Personenkraftwagen eine geringfügige Abnahme zu verzeichnen ist, ist die Zahl der übergesetzten Lastkraftwagen von 289 im Monat Juli auf 423 gestiegen. Es ist dies eine erfreuliche Feststellung, mit der die Hoffnung verknüpft wird, daß die Ursache auf eine Belebung der anliegenden Industriebetriebe zurückzuführen ist.

Aus der Heimat

Sprechstunden der Kreisfürsorgerin

Am morgigen Mittwoch, den 14. September, werden nachmittags von 4—6 Uhr im Rathause in der Bismarckstraße, Zimmer 9a, die Sprechstunden der Kreisfürsorgerin abgehalten.

Der moderne Gesellschaftstanz

Die rheinische Tanzlehrerschaft bereitete sich auf der Gautagung des allgemeinen Deutschen Tanzlehrer-Verbandes, Sitz Berlin, in Remagen im Saale des Hotels Anker auf den Lehrplan der diesjährigen Ballsaison vor. Es ist erfreulich, feststellen zu können, daß insbesondere der Allgemeintanz unter Berücksichtigung der deutschen Eigenart besondere Aufmerksamkeit erregte. Für alle Tänze sind die Schrittsätze festgelegt, sodaß dieselben einheitlich von der Tanzlehrerschaft gelehrt und verbreitet werden. Als Modetänze gelten Onestep, Quickstep, Moderner Walzer, Tango, Rumba und Wiener Walzer. An Stelle von Slow-Fox werden die Tanzneuheiten Taptrott und Charlesstep das Parkett beherrschen. Sie sind besonders für kleine Tanzflächen geeignet und werden infolge ihrer Einfachheit und dezenten Schrittausführung allgemeinen Beifall finden.

Die zahlreich besuchte Lehrerwoche des ADTV brachte eine einmütige Uebereinstimmung unter den Berufstanzlehrern die sich zum Vorteil der gesellschaftlichen, deutschen Tanzart auswirken wird.

Wie allgemein bekannt, sind die Tanzlehrerinnen Anita und Gerda Berit, Leverkusen-Schlebusch, Mitglieder des ADTV. Eine Teilnahme an ihrem Tanzkursus in Burscheid, Restaurant „Zur alten Post", kann wegen der Reichhaltigkeit des Lehrplanes empfohlen werden.

Herbst-Stenographen- und Maschinenschreiberprüfung

Die Solinger Industrie- und Handelskammer wird in diesem Herbst bei ausreichender Beteiligung wieder eine Stenographen- und Maschinenschreiber-Prüfung abhalten und zwar je nach der Zahl der Meldungen in Solingen, Burscheid und Leverkusen. Daran können über 16 Jahre alte, im Kammerbezirk Wohnende oder Beschäftigte teilnehmen. Meldungen sind bis zum 1. Oktober 1932 auf besonderem Meldebogen bei der Solinger Industrie- und Handelskammer einzureichen. Dort ist auch die Prüfungsordnung erhältlich. Die Prüfungsgebühr beträgt 2 RM. Außer der Hauptprüfung in Stenographie mit mindestens 150 Silben in der Minute ist auch eine Vorprüfung mit 120 Silben in der Minute vorgesehen. Ueber das Bestehen der Vorprüfung wird lediglich eine Bescheinigung ausgestellt, über das Bestehen der Hauptprüfung dagegen ein besonderes Zeugnis.

Keine Margarinesteuer

Von zuständiger Berliner Stelle wird zu den verschiedenen Erörterungen über die Einführung einer Reichsschlachtsteuer erklärt, das Reichsfinanzministerium habe die ihm zugeleiteten Anregungen auf Einführung einer Reichsschlachtsteuer nicht weiter verfolgt, da es den Standpunkt vertritt, daß die Schlachtsteuer Ländersache bleiben soll.

Hinsichtlich der verschiedentlich erfolgten Anregungen auf Einführung der Margarinesteuer ist man in zuständigen Kreisen der Auffassung, daß angesichts der Bedeutung der Margarine als Volksernährungsmittel erhebliche Bedenken gegen eine Besteuerung der Margarine bestehen, auch dann, wenn anstelle der Margarinesteuer eine andere Steuerart, etwa die Zuckersteuer, fallen soll. Das Reichskabinett hat sich mit dieser Frage überhaupt noch nicht beschäftigt.

„Im weißen Rößl" als Fremdenvorstellung Kölner Vereinigung auswärtiger Opernfreunde

Die Fremdenvorstellungen im Kölner Opernhaus nehmen am 16. Oktober ihren Anfang. Näheres hierüber wird durch das September-Mitteilungsblatt bekanntgegeben, welches in dieser Woche zum Versand kommt. Die Mitglieder der Vereinigung haben Sonntag, den 18. September und Sonntag, den 25. September Gelegenheit, die nachmittags 3 Uhr beginnende große Ausstattungsoperette „Im weißen Rößl" zu besuchen und zwar ohne besonderen Ausweis zu den ermäßigten Preisen für Fremdenvorstellungen. Vorbestellungen können schriftlich erfolgen. Diese Operettenrevue, in der rund 200 Mitwirkende auf der Bühne stehen, bietet nicht nur eine hervorragende Unterhaltung, sondern auch eine glänzende Kostüm- und Trachtenschau, die nach den Entwürfen von Professor Stern-Berlin dem Theateratelier Kaufmann-Berlin entstammt. Die Vorstellung endet 6,30 Uhr.

Am morgigen Mittwoch Mondfinsternis

Am Abend des 14. September findet eine fast vollständige Verfinsterung des Mondes statt. Der Eintritt des Mondes in den Kernschatten ist um 20 Uhr 18 Minuten MEZ zu erwarten, und zwar tritt der Ostrand des Mondes zuerst in den Schattenkegel ein. Die Mitte der Finsternis findet um 22 Uhr, der Austritt aus dem Kernschatten um 23 Uhr 43 Minuten MEZ statt.

Die 500 000-Mark-Prämie

In der gestrigen Ziehung der Preußisch-Süddeutschen Klassenlotterie entfiel die Prämie von 500 000 Mark auf das mit 1000 Mark gezogene Los Nr. 341 976. Das Los wurde in der ersten Abteilung in der Provinz Brandenburg, in der zweiten Abteilung in Westfalen in Achtellosen gespielt.

Luftpostsendungen,

die mit der 1. Herbstfahrt des Luftschiffs „Graf Zeppelin" — ab Friedrichshafen 29. August — nach Südamerika befördert worden sind, sind bereits am 2. September in Rio de Janeiro und am 3. September in Buenos Aires den Empfängern zugestellt worden.

Einkaufsverbände und Kölner Herbstmesse

Eine Reihe führender Einkaufsverbände bezw. deren Mitglieder sind in den letzten Jahren regelmäßig als Einkäufer auf der Kölner Messe aufgetreten. Das Interesse galt in erster Linie der „Messe für Haus — und Küchenbedarf".

Um eine Aussprache unter den Mitgliedern zu

Aus der Gemeinde Odenthal

Wallfahrt nach Kevelaer

Wie schon seit einer Reihe von Jahren regelmäßig, so veranstaltete die Dompfarre Altenberg am 7. und 8. September ihre Kevelaer-Wallfahrt. In zwei geräumigen Omnibussen der Gladbacher Firma Pütz traten am Mittwochmorgen nach Anhörung der Pilgermesse im Dom 57 Pfarrangehörige unter der Führung ihres Pfarrers die Fahrt nach Kevelaer an. Die Hin- und Rückfahrt verlief programmgemäß. Den Pilgern werden die beiden Gnadentage sicherlich seelische Aufrichtung und erneuten Antrieb zur Muttergottesverehrung gebracht haben.

Bei einkehrender Dunkelheit trafen die Heimkehrenden Donnerstagabend an der Dhünnbrücke vor Altenberg ein, wo sie von ihre Angehörigen und vielen Gläubigen erwartet wurden. Man ordnete sich zu einem schönen Fackelzuge und unter Lobgesang auf die Gottesmutter und feierlichem Glockenklang fand der Einzug in den Dom statt. Eine Schlußpredigt und der sakramentale Segen gaben der Wallfahrt einen erhebenden Abschluß.

---

ermöglichen, haben für die kommende Kölner Herbstmesse (18.—20. September) u. a. folgende Einkaufsverbände zum ersten Mal Versammlungen ihrer die Messe besuchenden Verbandsmitglieder festgelegt: Verband Deutscher Eisenwarenhändler, Nord-Süd Einkaufsgenossenschaft, „Erwege" Großeinkaufsgenossenschaft, Niederrheinische Einkaufsgenossenschaft, Eisenhändler-Verband Mittelrhein.

Keine Obstreste wegwerfen

Kaum kommt wieder das Obst auf den Markt, so macht sich die grobe Rücksichtslosigkeit des gedankenlosen Wegwerfens von Obstresten auf Bürgersteigen und Fahrbahnen bemerkbar. Vielen Leuten bietet es einen Genuß, frisch gekauftes Obst sofort auf der Straße zu verzehren. Das soll niemand verwehrt sein, aber der Obstgenuß auf der Straße erfordert Rücksicht auf den Nebenmenschen. Wer Obstkerne, Birnen- oder Apfelreste usw. achtlos wegwirft, gefährdet damit die geraden Glieder und die Gesundheit seiner Mitmenschen, von der Versündigung gegen die öffentliche Hygiene gar nicht zu reden. Also: Obst essen, wann und wo es schmeckt, aber keine Obstreste auf Fußweg und Straße werfen!

Wozu ein Vierpfennigstück gut ist

Nicht nur bei der Kleinbahn können die bekannten „Idylle" vorkommen, sondern auch bei ihrer schnaubenden großen Schwester, der Reichsbahn. In Rosenberg in Bayern konnte dieser Tage ein Zug plötzlich nicht mehr weiterfahren, da sich an der Maschine ein kleiner Defekt herausgestellt hatte. Die Fahrgäste mußten aussteigen und den Weg teilweise zu Fuß fortsetzen. Einige Neugierige begaben sich zur Lokomotive und erfuhren vom Lokomotivführer, daß ein einziges Vierpfennigstück genügen würde, um die Fahrt fortsetzen zu können. Ein Fahrgast hatte auch glücklicherweise eine solche Münze zur Hand, die flugs zurecht geklopft wurde und bald darauf als Deckel eines beschädigten Ventils in Funktion trat. Die Lokomotive ließ sich dann auch nicht mehr lange bitten und setzte ihren Weg mit beschleunigter Geschwindigkeit fort.

Vorsicht bei Aufstellung von Warenautomaten

Das Reichsgericht hat über die Haftung eines Kaufmannes für Schäden, die sich aus der Aufstellung eines Automaten ergeben, folgende Grundsätze aufgestellt: Stellt ein Kaufmann, welcher ein Kolonialwarengeschäft betreibt, aus diesem Anlaß außerhalb seines Ladens einen Verkaufsautomaten auf, so bildet die Aufstellung und die notwendige fortgesetzte Ueberwachung seiner dauernden Befestigung eine zu seinem Hauptbetriebe gehörende gewerbliche Hilfs- oder Nebentätigkeit, so daß für ihn die besondere Sorgfaltspflicht des § 230 Abs. 2 StGB besteht.

Aus dem Rhein-Wupper-Kreis

Schnell tritt der Tod den Menschen an

Leverkusen, 13. Sept. Ein trauriger Vorfall ereignete sich gestern im Verwaltungsgebäude der IG Farbenindustrie. Vormittags gegen 11,30 Uhr verließ der Bürovorsteher Dreyer den Arbeitsraum und klagte über heftige Uebelkeit. Nachmittags gegen 3,30 Uhr war D. noch nicht zurück. Als man ihn schließlich suchte, fand man ihn auf der Toilette tot auf. Ein Herzschlag hatte dem Leben des beliebten Beamten ein Ende gesetzt. Der Vorfall ist um so trauriger, als Herr Dreyer am kommenden Freitag in den Ruhestand treten wollte.

Wochenendhaus aus politischen Motiven in Brand gesteckt

Immigrath, 13. Sept. In der Nacht zum 11. Mai wurde hierselbst ein Wochenendhaus in Brand gesteckt. Der Polizei gelang es den Haupttäter M. festzunehmen, der erklärte, das Wochenendhaus aus politischen Motiven angezündet zu haben, da er vermutet habe, daß in dem Hause sich Mitglieder der NSDAP befanden, die wahrscheinlich dort Waffen versteckt hätten. Er beschuldigte noch die Arbeiter R., K. und C., alle aus Immigrath. Diese vier Arbeiter erschienen gestern vor dem Düsseldorfer Schwurgericht. Dort legte der Hauptangeklagte M. weinend ein Geständnis ab. Die übrigen Angeklagten behaupten, sie wären nur an dem Abend zufällig in der Gegend spazieren gegangen, gaben aber zu, daß in der Gegend immer die Rede gewesen war, daß wahrscheinlich im Hause Waffen versteckt waren. Nach kurzer Beratung verhängte das Gericht folgende Strafen: Der Angeklagte M. wurde wegen Sachbeschädigung, Hausfriedensbruchs und fahrlässige Brandstiftung zu vier Monaten Gefängnis verurteilt. Die Untersuchungshaft wurde ihm angerechnet und der Haftbefehl aufgehoben. Die übrigen Angeklagten wurden mangels Beweises freigesprochen.

Motorraddiebstahl

Wermelskirchen, 13. Sept. Einem hiesigen Geschäftsgehilfen wurde vor einigen Tagen in Köln in einem unbewachten Augenblick ein Motorrad gestohlen. Der Dieb fuhr bis zu einem kleinen Ort in der Nähe von Koblenz, wo er es für 6 RM zu verpfänden suchte. Der Betreffende schöpfte jedoch Verdacht und benachrichtigte die Polizei. So kommt der Bestohlene wieder in den Besitz des Rades.

Radfahrwege durch freiw. Arbeitsdienst

Wermelskirchen, 13. Sept. Der Vorstand des Verkehrs- und Verschönerungsvereins beschloß, aus Anlaß des 50jährigen Bestehens des Vereins eine schlichte Feier im Saale von Jörgens am 5. Oktober zu veranstalten. Dem Verein Bergisch-Land soll vorgeschlagen werden, den Wanderweg durchs Eifgental von Arbeitsfreiwilligen ausbauen zu lassen. Dem Vorschlag des Kreisverkehrsverbandes, neben den Straßen Opladen — Burscheid — Wermelskirchen — Burg, Schlebusch — Kaltenherberg — Wermelskirchen und Bergisch Born — Hückeswagen Radfahrwege auf dem Wege Freiwilligen Arbeitsdienstes anlegen zu lassen, wurde zugestimmt. Es sollen energische Schritte unternommen werden, um die tägliche Fahrt des Autobusses 22,20 Uhr, der den Anschluß an den Zug 21,57 Uhr vermittelt und nur Sonntags verkehrt, durchzusetzen.

Gefahrenstelle verschwindet

Burg a. d. W., 13. Sept. Nachdem die Stadt die an der Wermelskircher Straße „Alte Ley" angekauft und abgebrochen hat, wird jetzt diese unübersichtliche Stelle, die besonders für den Kraftfahrzeugverkehr einen Gefahrenpunkt darstellte, von Wohlfahrtserwerbslosen planiert. Damit wird ein längst in Aussicht genommener Verkehrsverbesserungsplan durchgeführt.

Jagd auf Obstdiebe

Burg, 13. Sept. Bereits die erste Fahrt des Streifenwagens der hiesigen Polizei, der auf Anordnung des Landrats nachts das Gemeindegebiet durchstreift, um Felddiebstählen vorzubeugen, war erfolgreich. Die Beamten trafen vier verdächtige Gestalten mit gefüllten Säcken an, die beim Nahen der Beamten die Flucht ergriffen. Auf einen Schuß hin hielten es drei der Flüchtenden für richtiger, stehen zu bleiben. In den Säcken wurde Obst gefunden, das von den aus Remscheid und Wuppertal stammenden Dieben in Wermelskirchen gestohlen worden war. Die Täter wurden ins Polizeigefängnis eingeliefert, die Personalien des vierten sind der Polizei bekannt.

Aus der näheren Umgebung

Solingen

Solingen-Ohligs. Zwei belgische Kinder aufgegriffen. An der Tankstelle Ecke Kölner und Düsseldorfer Straße wurden zwei belgische Kinder im Alter von 10 bis 12 Jahren aufgegriffen, als sie nach dem Wege nach Lüttich fragten. Die Befragte führte die Kinder der Polizei zu, die sie in ihre Obhut nahm. Durch Erkundigungen wurde festgestellt, daß die Kinder zu einem Transport von belgischen Arbeiterkindern gehörten, deren Väter im belgischen Kohlenstreik standen. Sie hatten sich von einem Transport solcher Kinder, der durch die Internationale Arbeiterhilfe in Düsseldorf-Benrath untergebracht war, getrennt. Die beiden Kinder wurden dem Transportleiter wieder zugeführt. Gleichzeitig wird das Solinger Jugendamt dem belgischen Generalkonsul anheimstellen, für einen baldigen Rücktransport des einen Jungen zu sorgen, dessen Stiefmutter gestorben ist, weshalb der Knabe den Entschluß faßte, sofort nach Hause zurückzukehren, als er die Nachricht von dem Tode durch einen Brief erhalten hatte. Er wollte nämlich, wie er erklärte, noch rechtzeitig zu der Beerdigung in Mons, seiner Heimatstadt, eintreffen.

Oberbergisches

Verheerende Raupenplage im Oberbergischen

Die Kleingartenbesitzer im Oberbergischen sind in den letzten 14 Tagen erheblich durch eine verheerende Raupenplage geschädigt worden. Ueberall dort, wo man nicht rechtzeitig mit der Vernichtung der Eiernester des Kohlweißlings und dem Absuchen der bereits ausgekrochenen Raupen zur Hand war, ist von den Kohlpflanzen und auch von dem sonstigen Gemüse nur noch das Gerippe übrig geblieben.

Köln

Köln. Versammlung des Vereins deutscher Eisenbahnverwaltungen. Am 14. und 15. September 1932 tritt in Köln die alljährlich stattfindende Vereinsversammlung des Vereins deutscher Eisenbahnverwaltungen zusammen, an der auch der Generaldirektor der Deutschen Reichsbahngesellschaft, Dr. ing. h. c. Dorpmüller teilnimmt. Zu den Gegenständen der Beratungen gehören der Geschäftsbericht, gemeinsame Verwaltungs-, Personen- und Güterverkehrsfragen, Fragen des internationalen Wagendienstes sowie technische Probleme. Wie aus der Tagesordnung hervorgeht, erstreckt sich die Tätigkeit des Vereins auf die Verbesserung und Vereinheitlichung aller Eisenbahneinrichtungen. Er ist eine der ältesten Organisationen internationaler Zusammenarbeit unter den Eisenbahnverwaltungen und blickt bereits auf ein 86jähriges Bestehen zurück. Geschäftsführende Verwaltung ist zurzeit die Reichsbahndirektion Berlin. Den Vorsitz auf der Tagung führt der Präsident der Reichsbahndirektion Berlin, Dr. ing. h. c. Maaß.

Düsseldorf

Düsseldorf. Vom Tode des Ertrinkens gerettet. Auf dem Rhein, in der Nähe von Mönchwerth, schlug ein mit drei Personen besetztes Segelboot um. Während es einem jungen Mann gelang, schwimmend das Ufer zu erreichen, klammerten sich die beiden anderen Insassen an das umgeschlagene Boot. Einem Motorboot gelang es schließlich nach großer Mühe, auch diese beiden Personen zu retten.

Düsseldorf. Zuchthausstrafe für Ladenräuber. Am Nachmittag des 5. Juli drangen zwei Räuber unter der Maske von Käufern in ein Goldwarengeschäft in der Altstadt ein, schlugen die Inhaberin, eine 36jährige Frau, nieder und knebelten sie. Nachdem sie die Rolladen heruntergelassen hatten, raubten sie das Geschäft aus. Goldwaren im Einkaufswerte von 6000 RM fielen ihnen in die Hände. Nach einiger Zeit gelang es der Polizei, die Täter, einen 36jährigen Schlosser Wawsziniak und den 34jährigen Dreher Giesselbach, beide aus Düsseldorf, festzunehmen. Sie waren nach der Tat nach Holland und Belgien gefahren, und hatten dort die Beute abgesetzt. Vor dem Düsseldorfer Schöffengericht waren die beiden geständig. Das Gericht verurteilte Wawsziniak, da er noch nicht vorbestraft ist, zu drei Jahren Gefängnis, und Giesselbach, der zwölfmal vorbestraft ist, zu drei Jahren Zuchthaus und fünf Jahren Ehrverlust.

Von der Saarland-Kundgebung am Deutschen Eck



Die 12. Tagung des Bundes der Saarvereine in Koblenz fand ihren Höhepunkt in einer großen Kundgebung für das abgetrennte Saar- und Pfalzgebiet am Deutschen Eck. Unser Bild von der eindrucksvollen Veranstaltung zeigt das fahnengeschmückte Deutsche Eck, das bekanntlich die Inschrift trägt: „Nimmer wird das Reich zerstöret, wenn ihr einig seid und treu!"

Westdeutsches

Oberkassel. Von der Siebengebirgsbahn tödlich überfahren. Nachmittags wurde der Polizeioberwachtmeister Groß aus Oberdollendorf von der Siebengebirgsbahn überfahren und getötet. Groß befand sich mit seinem Rade auf einer Dienstfahrt und glaubte, vor dem Zuge die Gleise noch überqueren zu können, wurde aber erfaßt und von zwei Wagen überfahren.

Bonn. Do X wassert bestimmt in Bonn. Wie jetzt offiziell bestätigt wird, ist bestimmt die Zusage gegeben worden, daß das Flugschiff Do X auf seiner Westdeutschlandreise Bonn anfliegen und hier einige Tage verbleiben wird, nachdem die Wasserverhältnisse für gut befunden worden sind. Ueber den genauen Termin steht noch nichts fest.

Münster. Strafbefehl für Ruth Litzig. Wie verlautet, hat das Wasserbauamt Münster der Weltrekordlerin Ruth Litzig aus Herne einen Strafbefehl über 5 Mark zugesandt, weil sie verbotswidrig im Kanal geschwommen und einen Menschenauflauf von 30 000 Personen verursacht hat, durch den leicht jemand hätte zu Schaden kommen können.

Brühl. Wird Lukretia stillgelegt? Dem Vernehmen nach soll die Braunkohlengrube Lukretia stillgelegt werden. Als Grund wird Rückgang des Brikettabsatzes angegeben. Die Gruben Berggeist und Lukretia arbeiten zusammen, und da sich der Absatz so verringert, daß Berggeist den Bedarf allein liefern kann, soll Lukretia den Betrieb einstellen. Von dieser Maßnahme würden rund 200 Arbeiter betroffen.

Roetgen (b. Aachen). Eine aufregende Schmuggeljagd. Auf der Landstraße bei Roetgen postierte Beamte bemerkten abends einen bekannten Schmugglerwagen. Als die Haltezeichen der Beamten unbeachtet blieben, eröffneten diese ein scharfes Feuer aus Karabinern. Ein Vorderreifen des Wagens wurde dabei von sechs Kugeln durchlöchert. Trotz der Reifenbeschädigung raste der Wagen weiter, verfolgt von den Grenzern, die sich auf Motorräder geschwungen hatten und wie der Blitz hinter dem Schmuggler her waren. Bei Rott wurde der Wagen gestellt und die Insassen festgenommen. Die beschlagnahmte Ladung des Wagens bestand aus 53 000 Zigaretten, 270 Pfund Kaffee, 30 Pfund Tabak und 100 Pfund Zucker.

Flurschutz in der Gemeinde Witzhelden

Die Entwendung von Obst und anderen Garten- und Feldfrüchten durch Ortsfremde ist zu einer wahren Landplage geworden. Aus den umliegenden Großstädten, vor allem aus Remscheid, durchstreifen täglich Scharen mit Säcken und Rucksäcken die Gemeinde. Die meisten fragen den Besitzer garnicht erst nach Obst, nehmen vielmehr alles mit, was sie kriegen können, suchen nicht nur Fallobst auf, sondern scheuen sich auch nicht, in die Baumhöfe einzudringen und das noch nicht reife Obst von den Bäumen zu holen.

Um diesem Treiben Einhalt zu gebieten und die Garten- und Felddiebe der Bestrafung zuzuführen, wurde in einer auf Einladung des Bürgermeisters stattgehabten, aus allen Teilen der Gemeinde zahlreich besuchten Versammlung von Landwirten und Gartenbesitzern beschlossen, einen umfassenden Selbstschutz der Feld- und Gartenbesitzer einzurichten.

Das Gemeindegebiet ist in mehrere Bezirke eingeteilt. Für jeden Bezirk ist ein Vertrauensmann bestellt, der seinerseits mit den übrigen erwachsenen männlichen Eingesessenen seines Bezirks Wachen einrichtet, die in den hauptsächlich infrage kommenden Tages- und Nachtstunden die ganze Gemeinde begehen. Die aus mehreren Personen bestehenden Wachen sind über die ihnen zustehenden Befugnisse genau unterrichtet. Sie werden jeden, der sich unbefugterweise auf fremdem Eigentum aufhält, festnehmen und der Polizei zur strafrechtlichen Verfolgung übergeben. Die Feldwachen arbeiten mit der Polizei und Landjägerei, die verstärkten Streifendienst eingerichtet hat, Hand in Hand.

So ist zu hoffen, daß es durch den organisierten Feld- und Flurschutz gelingen wird, die Garten- und Felddiebstähle, besonders von Obst und Kartoffeln, durch jene, die da glauben ernten zu können, ohne gesät zu haben und die Erzeuger um den Lohn ihrer Arbeit bringen, wirksam zu bekämpfen.

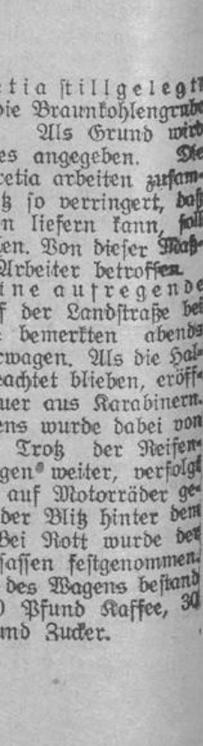
hielten es drei der Flüch-
tehen zu bleiben. In den
funden, das von den aus
ertal stammenden Dieben
tohlen worden war. Die
olizeigefängnis eingeliefert,
erten sind der Polizei be-

bung

) der Generaldirektor der
esellschaft, Dr. ing. h. c.
Zu den Gegenständen der
der Geschäftsbericht, ge-
-, Personen- und Güter-
des internationalen Wa-
ische Probleme. Wie aus
vorgeht, erstreckt sich die
uf die Verbesserung und
Eisenbahneinrichtungen,
Organisationen interna-
it unter den Eisenbahn-
t bereits auf ein 86jäh-
Geschäftsführende Ver-
Reichsbahndirektion Ber-
Tagung führt der Prä-
rektion Berlin, Dr. ing.

eldorf

Tode des Ertrun-
dem Rhein, in der Nähe
ein mit drei Personen
Während es einem jun-
mmend das Ufer zu er-
die beiden anderen In-
gene Boot. Einem Mo-
ßlich nach großer Mühe,
en zu retten.
usstrafe für La-
mittag des 5. Juli dran-
der Maske von Käufern
ft in der Altstadt ein,
ine 36jährige Frau, nie-
achdem sie die Rolladen
raubten sie das Geschäft
nkaufswerte von 6000
e Hände. Nach einigen
ei, die Täter, einen 36-
zziniak und den 34jäh-
, beide aus Düsseldorf,
nach der Tat nach Hol-
en, und hatten dort die
Düsseldorfer Schöffen-
geständig. Das Gericht
da er noch nicht vorbe-
Gefängnis, und Gieseler
traft ist, zu drei Jahren
ren Ehrverlust.



öhepunkt in einer
utschen Eck. Unser
utsche Eck, das be-
nig seid und treu!"

tia stillgelegt
die Braunkohlengrube
Als Grund wird
es angegeben. Die
cetia arbeiten zusam-
ß so verringert, daß
n liefern kann, soll
en. Von dieser Maß-
Arbeiter betroffen.
ine aufregende
f der Landstraße bei
bemerkten abends
wagen. Als die Hal-
achtet blieben, eröff-
uer aus Karabinern.
ens wurde dabei von
Trotz der Reifen-
gen weiter, verfolgt
auf Motorräder ge-
der Blitz hinter dem
Bei Rott wurde der
sassen festgenommen.
des Wagens bestand
Pfund Kaffee, 30
nd Zucker.

Gelsenkirchen. Freiballon vom Sturm entführt. Nachmittags sollte auf dem Füllplatz der Stickstoffwerke der 9500 cbm. große Freiballon „Bartsch von Sigsfeld" gefüllt werden, um zu einer Probefahrt aufzusteigen. Durch den starken Wind rissen, noch ehe der Ballon gefüllt war, die Haltetaue und der Ballon flog davon. Auf dem Bahndamm an der Dorstener-Straße verfingen sich die nachschleifenden Taue, sodaß der Ballon zur Erde gerissen wurde, vorher aber noch ein Bauernhaus und mehrere Bäume beschädigend. Der Ballon selbst wurde nur wenig in Mitleidenschaft gezogen.

Gelsenkirchen. An Fleischvergiftung erkrankt. Im Stadtteil Buer erkrankte eine vierköpfige Familie an Fleischvergiftungserscheinungen. Sie wurde sofort in ein Krankenhaus geschafft, wo das zweijährige Kind bereits gestorben ist. Die Mutter liegt noch schwer krank darnieder, während der Vater und das andere Kind leichter vergiftet sind.

Warendorf. Autobus mit jungen Mädchen vom Zuge angefahren. Zwischen Warendorf und Heeßen wurde ein Autobus mit jungen Mädchen, die an einer Wallfahrt nach Heeßen teilnehmen wollten, von einem Personenzug an einem ungeschützten Bahnübergang angefahren. Der hintere Teil des Autobusses wurde abgerissen. Acht Mädchen wurden verletzt und mußten dem Krankenhaus zugeführt werden.

Duisburg. Paddelbootunglück auf dem Rhein-Herne-Kanal. Ein folgenschweres Paddelbootunglück trug sich auf dem Rhein-Herne-Kanal zwischen der Schleuse 1 und der Emmerich Straße zu. Zwei junge Leute aus Oberhausen befuhren mit ihrem Boot die Strecke, als plötzlich ein heftiger Windstoß das Fahrzeug zum Kentern brachte. Einem der Insassen gelang es, schwimmend das Ufer zu erreichen. Der zweite Bootsinsasse, der 17jährige Fritz Eich verfing sich in den Seilen eines am Boot festgemachten Segels und vermochte sich dadurch nicht zu retten. Eich ertrank.

Krefeld. Glimpflich verlaufen. Bei der Einfahrt des planmäßig um 13,37 Uhr in Vorst eintreffenden Zuges der Krefelder Eisenbahn sprang beim Passieren einer Weiche der angekoppelte Packwagen auf ein Nebengleis und riß den letzten Personenwagen ebenfalls aus den Schienen. Der Personenwagen kippte um und wurde noch mehrere Meter weit mitgeschleift. In dem Wagen befanden sich aber glücklicherweise nur zwei Frauen, die mit dem Schrecken davonkamen. Der Wagen wurde stark beschädigt. Ein Glück war es, daß der zweitletzte Personenwagen nicht auch aus den Schienen gehoben wurde, da dieser stark besetzt war.

Krefeld. Ein Toter, ein Schwerverletzter. Nachmittags stieß im Stadtteil Fischeln ein Auto mit einem Motorrad zusammen. Bei dem Zusammenstoß wurde der Motorradfahrer Aloys Palacek aus Willich bei Krefeld auf der Stelle getötet, während die Soziusfahrerin, eine Frau Müller, ebenfalls aus Willich, mit schweren Verletzungen ins städtische Krankenhaus in Krefeld eingeliefert werden mußte.

Grevenbroich. Ein Sparkassendirektor verhaftet. Der Leiter der Kreissparkasse des Kreises Grevenbroich—Neuß, Direktor Heidkamp wurde verhaftet und in das Untersuchungsgefängnis in Gladbach eingeliefert. Schon seit einigen Tagen lief in Grevenbroich das Gerücht um, daß bei der Kreissparkasse etwas nicht stimme. Am Kirmesmontag in Grevenbroich, an dem sonst die meisten Büros geschlossen sind, wurde eine eingehende Revision in der Kreissparkasse durchgeführt. Jetzt wurde Direktor Heidkamp, der erst kürzlich vom Urlaub zurückgekehrt war, von zwei Beamten in seiner im Sparkassengebäude befindlichen Wohnung verhaftet und in das dortige Untersuchungsgefängnis überführt. Nach den bisherigen Feststellungen handelt es sich nicht um Unterschlagungen, sondern nur um eigenmächtige und verlustdrohende Kreditgewährungen. Es besteht die Gefahr, daß die Kreissparkasse durch diese Kreditgeschäfte einen erheblichen Verlust erleiden kann.

Kinder setzen eine Getreidescheune in Brand

700 Zentner Getreide vernichtet

Wie man aus Horn (Lippe) meldet brach auf dem Gute Rothensiek bei Leopoldstal in einer Getreidescheune Feuer aus, durch das etwa 700 Zentner Getreide vernichtet wurden. Die Ermittlungen führten zu der Feststellung, daß zwei Kinder im Alter von 4 und 7 Jahren den Brand verursacht haben. Die Kinder hatten sich in der Knechtstube einige Streichhölzer und Kerzen geholt und waren damit in die Scheune gegangen, wo sie die Kerzen ansteckten. Dabei geriet die Flamme an die Getreidevorräte, die sofort in Flammen aufgingen.

„Graf Zeppelin" wieder zu einer Südamerikafahrt gestartet

Aus Friedrichshafen, 12. Sept., wird gemeldet: Das Luftschiff „Graf Zeppelin" ist um 22.10 Uhr unter Führung von Kapitän Lehmann mit neun Passagieren an Bord zu einer neuen Südamerikafahrt, die diesmal von Pernambuco bis nach Rio de Janeiro ausgedehnt wird, aufgestiegen.

Das Wetter von heute und morgen

Meist bewölkt mit etwas Regenneigung, etwas mildere Nacht, Tagestemperaturen wenig verändert, leichte südwestliche Winde.

Reger Betrieb im Reichstag

Im Reichstage herrschte am heutigen Dienstag-Morgen reger Betrieb, da ein großer Teil der Abgeordneten wieder im Reichstage erschienen war, um entweder an Fraktions- oder Ausschußsitzungen teilzunehmen.

Die Sozialdemokratische Fraktion trat bereits um 10 Uhr zusammen, um sich mit den gestrigen Vorgängen und den heutigen Ausschußsitzungen zu befassen.

Die Deutschnationalen haben für 11,30 Uhr eine Fraktionssitzung im Preußischen Landtag anberaumt.

Der Ueberwachungsausschuß ist für 11 Uhr vormittags einberufen, der Auswärtige Ausschuß für 3 Uhr nachmittags.

Auf der Tagesordnung der Sitzung des Ueberwachungsausschusses des Reichstages steht der staatsrechtliche Konflikt mit der Reichsregierung. Reichsinnenminister und Reichsjustizminister wollen an der Sitzung teilnehmen und die Auffassung der Reichsregierung zu den verfassungsrechtlichen Streitfragen darzulegen. Im Auswärtigen Ausschuß soll der Lausanner Vertrag und die Abrüstungsfrage besprochen werden.

Aufgeklärte Morde

Der Mörder Henses in Gelsenkirchen festgenommen

Wie berichtet, wurde am 8. September in den früheren Morgenstunden in den Anlagen der Zeppelin-Allee in Gelsenkirchen der 28jährige Wirtssohn Hense ermordet gefunden. Der Täter, der 26jährige Erwerbslose Ernst Prell, konnte am Samstag in seiner Wohnung in Katernberg, Bruchstraße 17, festgenommen werden.

Er bestreitet die Tat und gibt an, in der betreffenden Nacht sei er sinnlos betrunken gewesen und könne sich an nichts mehr entsinnen. Mehrere Personen haben in der fraglichen Nacht Hense mit einem Manne gesehen und wollen Prell wiedererkennen. Von Wichtigkeit war die Aussage einer Frau, die in der Tatnacht ebenfalls mit einem Manne gesehen hat und bei der Gegenüberstellung Prell als seinen Begleiter wiedererkannte. Prell habe ein helles Oberhemd getragen, das auch bei der Durchsuchung der Wohnung mit Blut befleckt vorgefunden wurde. Nachdem Prell lange Zeit bestritten hatte, gab er schließlich zu, das Hemd in der fraglichen Nacht getragen zu haben. Eine Blutuntersuchung wird weitere Aufschlüsse erbringen. Auf Grund des zusammengetragenen Beweismaterials kann jetzt schon gesagt werden, daß Prell als Täter in Frage kommt. Der Täter ist im Jahre 1929 aus der französischen Fremdenlegion entflohen und wegen Körperverletzung verschiedentlich vorbestraft.

Unglückschronik

Drei Tote bei einem Bootsunglück

Aus Waren wird berichtet: Am Sonntagnachmittag ertranken auf der Müritz am sogenannten Rosendorf der Lehrer Langmacher, dessen Sohn Günter und dessen Bruder Walter Langmacher.

Ein Feuerwehrauto verunglückt

Aus Zittau, 12. September, wird berichtet: Ein zu einer Uebung fahrender voll besetzter Mannschaftswagen der hiesigen freiwilligen Feuerwehr ist auf der Goethestraße verunglückt. Vier Feuerwehrmänner wurden schwer, vier andere leichter verletzt.

Dorfbrand bei Klagenfurth

Die Ortschaft Oberdörfl im Rosental ist gestern früh durch einen Brand fast gänzlich vernichtet worden. Das Feuer hatte, durch starken Wind begünstigt, so rasend um sich gegriffen, daß die Bewohner kaum alarmiert waren, als bereits das ganze Dorf in Flammen stand. Die Feuerwehren konnten nicht viel ausrichten, weil außer dem Dorfbrunnen kein Wasser zur Verfügung stand. Insgesamt sind 15 Gebäude niedergebrannt und nur ein einziges Wohnhaus ist notdürftig erhalten geblieben.

Landung eines französischen Ballons in Schlesien

Aus Liegnitz, 12. Sept., wird gemeldet: Ein mit drei Personen besetzter französischer Freiballon ging gestern vormittag in Niederharpersdorf nieder. Die Insassen gaben an, daß sie am Sonnabendnachmittag in Paris aufgestiegen wären und nur bis Brüssel hätten fliegen wollen. Der starke Sturm habe ihren Ballon aber abgetrieben und ihn quer durch Deutschland bis Schlesien gejagt. Die drei französischen Passagiere sind vorläufig in Hainwald einquartiert worden.

Nach einer späteren Meldung stand der Entlassung der Besatzung nichts im Wege. Sie hat sofort die Rückreise nach Paris angetreten. Der Ballon hatte an einer Wettfahrt des französischen Aeroklubs teilgenommen. Da man beim Start des Ballons auf Grund der Windverhältnisse angenommen hatte, daß die Fahrt auf belgisches Gebiet führen würde, waren die Pässe der Besatzung nicht mit den für eine Fahrt nach Deutschland notwendigen Visen versehen.

Polizeihauptmann Jans tödlich abgestürzt

Bei einer Segelflugveranstaltung in Lindenfels (Odenwald) stürzte der auch als Handballspieler bekannte Darmstädter Polizeihauptmann Jans mit seiner Maschine tödlich ab. Jans segelte schon fast eine halbe Stunde in der Luft, als dann bei einer Rechtskurve ein Flügel abbrach, was den Sturz der Maschine zur Folge hatte. Jans stand im 39. Lebensjahre und flog bereits seit zwei Jahren Segelflugmaschinen. Erst vor kurzem wurde der in der Rhön besonders erfolgreiche Flieger mit der Plakette der Stadt Darmstadt ausgezeichnet

Das Neueste

In den Berliner Morgenblättern, deren Hauptthema naturgemäß die Vorgänge im Reichstag, die Abstimmung und die Auflösung sowie die Erklärung des Kanzlers im Rundfunk ist, wird vor allem zu der politischen Auswirkung der Reichstagsauflösung Stellung genommen.

Die Auflösung des deutschen Reichstages kam der englischen Oeffentlichkeit nicht überraschend. Sie wird von der Presse im allgemeinen ruhig aufgenommen.

Zu der Note der französischen Regierung, in der die Antwort auf die Vorstellungen des Reichsaußenministers vom 29. August erteilt wird, hat die Reichsregierung noch nicht abschließend Stellung genommen. Es besteht der Eindruck, daß diese Antwort nicht geeignet ist, die Weiterführung der Frage der Gleichberechtigung zu fördern.

Die französische Antwortnote an die Reichsregierung und die innerpolitischen Vorgänge in Deutschland füllen in der Pariser Morgenpresse alle Spalten. Die Antwortnote an Deutschland wird von den Blättern mit Befriedigung aufgenommen. Bei der Besprechung der Reichstagsauflösung beschränken sich die Blätter im allgemeinen auf die Feststellung, daß die Reichstagssitzung von Montag in den Annalen des deutschen Parlamentarismus wohl einzig dastehe. Reichstagspräsident Göring habe vor der Energie Papens den Rückzug angetreten.

Der frühere Reichstagspräsident Löbe ist in die Redaktion des „Vorwärts" eingetreten.

Vermutlich durch den Genuß unreinen Trinkwassers sind in der Landgemeinde Weidenhausen, Kreis Biedenkopf, 20 Personen an Paratyphus erkrankt. Lebensgefahr besteht bei keinem der Erkrankten.

Die Stadt Kolno bei Lomza ist am Montag-Abend durch ein Großfeuer zur Hälfte vernichtet worden. 2200 Einwohner sind obdachlos.

Das 240 Einwohner zählende Dorf Blitzingen steht seit heute früh 1 Uhr in Flammen. Der Hauptteil des Dorfes gilt als verloren.

Im Kreise Calau und in Kottbus sind in der letzten Zeit zahlreiche Fälle von spinaler Kinderlähmung aufgetreten. Es sind bis jetzt fünf Todesopfer zu verzeichnen.

In drei Danzig-polnischen Streitverfahren vor den Völkerbundsinstanzen haben die vom Rat bestellten drei Sachverständigen ihre Gutachten abgegeben.

Der diplomatische Mitarbeiter des „Daily Telegraf" erklärt, man könne nach den ergebnislosen deutsch-französischen Verhandlungen über die Rüstungsgleichheit erwarten, daß die englische Regierung vielleicht noch heute die Initiative ergreifen werde, um Berlin zu veranlassen, sich in der Sitzung des Allg. Büros der Abrüstungskonferenz am 21. September vertreten zu lassen.

Die „News Chronicle" veröffentlicht einen Artikel Hendersons mit der Ueberschrift „Gleichheit der Nationen in der Abrüstung". Henderson erkennt an, daß jedes System einer Abrüstungsherabsetzung nur dann vollständig sein könne, wenn es sich auf die Gleichheit der Rechte und Pflichten stütze.

Der englische Bankier Aspinail, Eigentümer der Pariser Bank Bebis, ist wegen Betrugs verhaftet worden. Er soll 45 Millionen Francs unterschlagen haben.

Die Nachforschungen nach der notgelandeten Fliegerfamilie Hutchinson sind bis jetzt vergeblich verlaufen.

Auf der Insel Hokkaido führen alle Flüsse Hochwasser. Ueber 14 000 Häuser stehen unter Wasser.

Der japanische Staatsrat hat heute Vormittag die Anerkennung des neuen mandschurischen Staates Mandschukuo gebilligt.

Gandhi droht, Hungers zu sterben, wenn die britische Regierung bei ihrem Vorschlag bleibt, eine besondere Wahlkörperschaft für die unteren Kasten Indiens einzusetzen.

Haussuchungen bei den Kommunisten im Reichstag

Wie die kommunistische Reichstagsfraktion mitteilt, hat heute kurz nach Mitternacht, als der kommunistische Fraktionsvorstand seine Arbeitsräume verlassen hatte, eine Haussuchung im kommunistischen Fraktionsbüro stattgefunden. Die Arbeitsräume wurden von etwa 40 Kriminalbeamten besetzt. Ein Teil der Schränke wurde erbrochen. Ob Material mitgenommen wurde, konnte noch nicht festgestellt werden. Noch in der Nacht sind Vertreter der kommunistischen Fraktion im Reichstage erschienen, um die notwendigen Feststellungen zu treffen. Der Haussuchung soll der Reichstagsdirektor Galle beigewohnt haben. Reichstagsabgeordneter Torgler wird deshalb in den Mittagsstunden mit dem Reichstagsdirektor darüber Rücksprache nehmen.

Europaflug-Sieger Zwirko tödlich abgestürzt



Der polnische Pilot und Sieger des Europarundfluges 1932, Zwirko (links), ist während eines Sternfluges von Warschau nach Prag an der tschechischen Grenze abgestürzt. Er sowie sein Begleiter Wigura (rechts), der Konstrukteur der siegreichen Europa-Flugmaschine konnten nur noch als Leichen aus dem völlig zertrümmerten Apparat geborgen werden

Mülheim. Flugkapitän Merz in Essen-Mülheim. Bekanntlich liegt Do X seit einigen Tagen an der Rheinbrücke in Duisburg-Ruhrort, wo tausende Luftinteressenten dem Schiff einen Besuch abstatteten. Von hier begab sich am Montag der Flugzeugführer, Flugkapitän Merz, zum Flughafen Essen-Mülheim, um die Einrichtungen zu besichtigen. Er wurde von Vertretern der Lurag, der Deutschen Lufthansa und der Flughafengesellschaft empfangen. Kapitän Merz war überrascht über die günstige freie Lage des Flugplatzes. Es ist anzunehmen, daß Do X bei dem Flug von Ruhrort nach Düsseldorf seinen Weg über Mülheim und Essen nehmen wird. Der Start am Dienstag soll um 11 Uhr von Ruhrort erfolgen.

Turnen - Spiel - Sport

Turngemeinde Hilgen

Hilgen 1. — RTV 61 1b 3:3 (0:2)

Was man befürchtet hatte, ist eingetreten. Die Hilgener 1. Mannschaft ließ sich am Sonntag von der 1b Mannschaft des Remscheider TV 61 fast eine Niederlage beibringen. Bei den Grünweißen war es diesmal der Angriff, der glatt versagte. Das auch heute wieder bevorzugte Dreiinnenspiel wurde vorbildlich von der Gästehintermannschaft zerstört. Die Gäste legten sich in der Hauptsache auf Verteidigung und wurden dann überraschend schnell gefährlich. Sie hatten den Wind zum Bundesgenossen. Jedoch war die hiesige Hintermannschaft auf der Hut. Nachdem es bei Halbzeit 2:0 für Remscheid stand, hieß es sofort nach Wiederbeginn 3:0. Hilgen setzt jetzt Dampf auf und belagert das Tor der Blauweißen. Allerdings läßt der starke Regen kein einwandfreies Spielen mehr zu. Durch ganz intensives Spielen bringen die Grünweißen bis zum Schluß das Unentschieden fertig, jedoch bleibt ihnen der wohlverdiente Siegestreffer versagt.

Es ist eben so: Die Grünweißen haben in der ersten Hälfte, als es noch trocken war, nicht gespielt. In der zweiten Hälfte setzte der Regen den Platz vollständig unter Wasser. Die drückende Ueberlegenheit der Hiesigen konnte dadurch nicht durch Tore zum Ausdruck gebracht werden.

Hilgen 1a — RTV 61 1a 9:7 (4:6)

Die Jugendmannschaft zeigte sich dagegen von der besten Seite. Durch vorzügliche Gesamtleistung vermochte sie den körperlich viel stärkeren Gegner mit 9:7 Toren zu schlagen und sicherte sich dadurch weitere zwei Punkte.

Das Spiel der 2. Mannschaften fand nicht statt, da die Remscheider ausblieben.

Es sei nochmals an den am kommenden Donnerstag stattfindenden Trainingslauf erinnert. Ablauf 7,30 Uhr ab Hirschfelder.

Schmeling — Walker verschoben

Am 23. September oder 24. September

Der Boxkampf zwischen Exweltmeister Max Schmeling (Deutschland) und dem früheren Mittelgewichtsweltmeister Mickey Walker (Amerika), der für den 19. September angesetzt war, mußte um vier Tage verschoben werden, da Walker am rechten Arm ein Furunkel hat. Die Boxkommission hat bereits ihre Zustimmung gegeben. Sollte es am 23. September, dem neuen Austragungstermin, regnen, so findet der Kampf einen Tag später statt.

Diese Ausgabe umfaßt 10 Seiten einschl. „Unterhaltungsbeilage"

Verantwortl. Schriftleiter: Willy Claas; für Provinz, Allgemeines und Sport: Josef Maaßen, beide in Burscheid.

Druck und Verlag: Hermann Claas, Burscheid, Mittelstraße 10.



5

Roman von Arno Franz

Gertrud Macleod



URHEBERRECHTSCHUTZ · DURCH VERLAG · OSKAR MEISTER · WERDAU · SA.

Scherzend erwiderte Pieter: „Fürstinnen sind ausnahmslos nicht mein Schwarm, gnädige Frau."

„Oh", sagte Traute betrübt, „das wird Mac bestimmt sehr leid tun"

„Oder auch nicht," dachte Calisch, antwortete aber: „Ich will es sehr hoffen. Wenn ich ihm den Kuppelpelz verdienen lassen kann, will ich es sehr gern tun."

So kam man unter Plaudern und Lachen nach dem Hotel, um sich unter Plaudern und Lachen zu trennen und sich an der table d'hote wiederzusehen. So machte man am Nachmittag in gleicher Stimmung seinen Rundgang durch den Kurpark und ließ sich dann nach dem Neroberg fahren, um dort wieder unter Plaudern und Lachen den Kaffee zu trinken. Am Abend saß man bei Musik und Pommery greno — den trank Mac nun einmal so gern — im großen Saale des Hotels und tat dasselbe, was man den lieben langen Tag getan hatte, man lachte und plauderte wieder.

Alle waren sie zu gleichem löblichen Tun vereinigt, die in Geschäften, zur Kur oder zum Amüsement im Nassauischen Hof abgestiegen waren: der Strumpffabrikant aus Aue. sowie der Magnat mit den Flammenaugen, die Herren Tünnes aus Köln, die Schmätzles aus Wüschteberg und die von Protze & Co. aus Preußisch-Berlin.

Es ist überall das Gleiche: Man lebt, weil man nicht sterben will.

Da hob die Musik an — leise, wie wiegende Wellen. Ein Akkord klang auf in D-Dur und im Dreiklang, dessen dritter Ton sich wiederholte, um dann in einer Quinte nach oben zu springen: dam dam, dam dam — dam dam, dam dam!

„An der schönen blauen Donau!"

Mac Leod breitete die Arme aus. Langsam erhob er sich, als ziehe ihn ein Unsichtbares empor.

„Ein Walzer von Strauß! — Frau Fürstin, wie wär es, wenn wir ihn tanzten — in Seligkeit und Sünden."

Mit einem Ruck sahen drei Gesichter zu ihm auf und drei entgeisterte Augenpaare starrten ihn an.

Im Moment hatte sich der Entgleiste in der Gewalt. Befreiend klang ein helles Lachen auf. Er verneigte sich vor der Fürstin, dann senkte er seinen Blick tief in den ihren und sagte: „Es war nicht der Wein, Fürstin Malakow — es war ein Zitat. Ich bitte um diesen Tanz."

„Ihre Gattin, Herr Hauptmann, sollte den Vorzug haben," wehrte die Fürstin ab.

Brüsk aber antwortete er: „Die darf nicht tanzen — leider — vom Arzt verboten — aus bestimmten Gründen."

Das war hingesagt, brutal und roh, wie wenn ein Stallknecht spricht: „Meine Frau fühlt sich Mutter."

Pieter biß sich auf die Lippen. Seine Stirn war umwölkt. Die Augen ein schmaler Schlitz. Er sah aus, als empfinde er einen wahnsinnigen Schmerz.

Die Fürstin ergriff Traute's Hand und küßte sie heftig und leidenschaftlich zwei-, dreimal und flüsterte nahe ihrem Ohr:

„O Sie heilige Gebenedeite. Gottes Glück auf Ihr Haupt — Gottes Glück auf den Weg und Segen immerdar und ewig."

Da räusperte sich Mac und rückte ungeduldig den Sessel.

„Sind Sie mir böse, Liebes," fragte die Fürstin, „ob der Frage Ihres Mannes?"

„Nein," sagte Traute.

„Und wenn ich seiner Bitte entspreche?"

„Auch nicht."

Und mit einem eigenen Lächeln auf den pikanten Zügen entschwebte die Fürstin Malakow am Arme Leods.

Mit verschleiertem Blick sah Traute den Dahinschreitenden nach. Ein wehmütiger Ausdruck lag auf dem lichten Braun ihres Gesichtes. Wie sie oft tat, hielt sie die Hände gefaltet vor der Brust und den Kopf zur Seite geneigt. Das sah rührend lieb aus.

Pieter beobachtete sie lange. „Du heilige Gebenedeite," hatte die Fürstin gesagt. Dies schien sie bei Gott zu sein. Oder war sie eine Schlafende nur, die zu bewußtem Leben erst erwachen sollte?

Leise hörte er sie sprechen:

„Sie sind ein schönes Paar — die zwei."

„Wer?" frug Pieter zerstreut.

„Mac und die Malakow."

„Ja — ein interessantes Paar," sagte er, „und ein auffallendes."

„Sie könnten Geschwister sein," bemerkte Traute. Sie schwieg. Und nach einer Weile ergänzte sie: „In ihnen ist die gleiche Lebensfreude." Und wieder nach einer Weile sagte sie: „Nun hat Mac doch die Zerstreuung, die er sich wünschte."

Da konnte sich Pieter nicht enthalten zu antworten: „Es wäre ihm besser, er hätte sie nicht, denn dann würden Sie nicht leiden müssen, gnädige Frau."

„Leiden müssen?" —

Sie sagte das nachdenkend und suchend, wendete ihm das Gesicht zu und sah mit ihren verwirrenden und unergründlich tiefen Augen so frei und gerade in die seinen, daß er tödlich verlegen gezwungen war zur Seite zu sehen.

„Ich leide nicht, Pieter Calisch. Nein — Sie irren. Mir ist das alles so fremd. Ich verstehe es nicht."

Dabei irrten ihre Augen ab, über die Menschen hin, die sich nach den Klängen der Musik wiegten und im Kreise drehten.

Sie blieben auf Mac und der Fürstin ruhen.

„Sehen Sie, wie sie tanzen! So voll Rhythmus und Freude. Schön tanzen sie. Sie leben im Tanze. Sie genießen ihn und empfinden ihn und empfinden jede ihrer Bewegungen als ein Losgelöstsein vom Alltag. — Sehen Sie, Pieter" — es war das erstemal, daß sie ihn beim Vornamen nannte — „sehen Sie das Gesicht der Fürstin! — Das ist Hingegebensein, restloses, vollkommenes. So muß man tanzen, so wie sie: mit halbgeschlossenen Augen und leicht geöffnetem Munde. — Und sehen Sie Macs Augen, wie sie trunken sind — vor Lebensfreude."

Pieter war Angst.

Das tanzende Paar erregte Aufsehen. Und niemand war, der ihren Tanz empfand wie Traute, weil niemand ihrer Veranlagung war.

Er suchte sie abzulenken, denn wie es aussah, war Leod ja imstande, die Fürstin vor aller Augen zu küssen.

Das Sektglas hebend, sagte er:

„Gnädige Frau, auf die Lebensfreude! — Darf ich mit Ihnen anstoßen?"

Traute griff nach dem blinkenden Kristall und hob es langsam, ganz langsam hoch. Ihre Augen sahen verloren in das perlende Gelb der Schale. Und wie aus weiten Fernen — dunkel und geheimnisvoll — klang ihre Stimme:

„Wie ich den Mund zu diesem Glase neige — weil mich dürstet, so müßte er den seinen zu der Fürstin neigen und sie den ihren zu ihm emporheben — sie dürsten beide."

In einem Zuge trank sie den Kelch leer, reckte sich in den Schultern und sagte gänzlich verändert, kalt und ernüchtert, als ob es sich nicht lohne, auch nur noch einen einzigen Blick nach jener Richtung hin zu tun: „Nein, Pieter Calisch — sie können doch nicht tanzen, die zwei Losgelösten. Nur rhythmisch bewegen können sie sich, das ist alles."

Und Pieter fragte: „Tanzen Sie selbst, gnädige Frau?"

„Nein — ich habe noch nie getanzt. Aber ich fühle es, daß ich es könnte, anders, besser wie alle — ganz ganz anders."

„Wie, gnädige Frau?"

„Ich könnte meine Seele tanzen, alles was in mir lebt, könnte ich tanzen — rasende Lust, bitterstes Leid, heilige, jubelnde Freude."

Und Pieter sah sich plötzlich weltenweit weg, unter Palmen schreitend nach dem Schiwatempel in Benares — wie einst, vor Jahren — als die Dewadasi Savitri vor ihm und seinen Freunden den Liebestanz kreierte.

Und das zum anderen Male über die perlende Schale geneigte Antlitz Traute Mac Leods trug — Savitris Züge.

Und ein üppig-roter Mund sprach zum anderen Male: ganz leise nur, wie sterbend: „Nein, sie können nicht tanzen." — — —

Und doch konnten sie es, Mac und die Malakow. Alle sahen es ja, daß sie es konnten. Es tanzte ja außer ihnen fast niemand mehr und der Ungar flüsterte dem Primgeiger zu: „Weiter, weiter" — immer wieder, wohl das fünfte Mal schon.

O ja, sie tanzten gut, nur so nicht, wie Traute es fühlte. Sie tanzten, was sie empfanden: Sinnenrausch!

„Du — du," flüsterte Mac, „ich halte dich, ich küsse deine Augen und deinen sündhaft schönen Mund und möchte dich auf meinen Händen tragen und im Kreise wirbeln: eine Krone über meinem Haupte."

„O, nicht so, Mac," hauchte die Fürstin und schloß die Augen, „dann wär ich deinem Herzen fern, wenn auch nur für Sekunden, aber doch fern. Ich will dich fühlen, Lieber, dein Herz an meinem und deinen Körper an meinem. — Drücke meinen Arm, Mac — fest — fester — noch mehr, bis deine Finger brennen auf meiner Haut wie Feuermale und ich sie küssen kann — heut nacht — wenn dieser Rausch — vorbei."

Da tat Mac das, was er tun mußte: er nahm sie wirklich auf die Hände und tanzte mit ihr das Rund der Mitte ab.

Die Gäste jubelten, klatschten Beifall, riefen Bravo. Wie unsinnig gebärdeten sie sich.

Das hatten sie ja noch nie erlebt.

Mac tanzte eben an der Kapelle vorbei, da schallten ihm des Ungarn Eljenrufe ins Ohr. Er sah den kleinen dicken Herrn wie einen Irrsinnigen gestikulieren — und war ernüchtert. Ihm war, als stürze er aus allen Himmelsparadiesen in die kleine Welt der Wirklichkeit hinein.

Wie auf Kommando hatte er sich in der Gewalt. Behutsam stellte er die Fürstin auf die Füße. Er verneigte sich vor ihr, dann vor den Gästen und rief mit schallender Stimme über die erregten Menschen hin: „Das — Herrschaften — nennt man tanzen!"

Man nahm seinen Tanz nicht als Taumel oder Entgleisung, sondern als beabsichtigt gewesenes Kunstwerk hin und erwies sich durch erneuten noch stärkeren Beifall dankbar.

Die Situation war gerettet — die Gästeschar düpiert.

Mit vornehmer Gelassenheit führte der Held des Abends seine fürstliche Partnerin zu ihrem Sessel zurück.

Nur einer war, der hatte sich nicht düpieren lassen — Pieter Calisch. Mit aschfahlem Gesicht hatte er dieser — Orgie zugesehen. Er war nahe daran gewesen, zu gehen. Nur Trautes Gegenwart hatte ihn gehalten.

In seinem Leben nicht würde er das Doppelbild vergessen können, das so greifbar nahe vor seinem Auge gestanden: dort diese bacchantische Lust — hier diese wägende Nüchternheit, dort ein Treubruch des Mannes, ein offensichtlicher und nie entschuldbarer — hier gänzliches Unberührtsein, dort eine Flamme — hier Eis.

Wacht sie oder schläft sie — hatte er sich immer wieder sagen müssen — lebt sie oder ist sie tot, fühlt sie oder ist sie zerbrochen schon und dessen nicht mehr fähig?

Wo ist ihre Seele? Wo?!

Da war ein Wort ihren Lippen entschlüpft — leise nur, unhörbar kaum, aber doch! Das hatte ihn erlöst. Und dieses Wort hieß: Kitsch!

Ganz plötzlich hatte Calisch empfunden: Sie wertet den Tanz als Kunstwerk, sie sieht nichts anderes in ihm als nur dieses. Sie vertraut ihrem Manne so restlos und vollkommen, daß sie das Zwingende in seinem Tun nicht sieht und das Sinnliche in beider Gebahren. Sie ist Parzifal, der reine Tor — wenn sie ein Mann wär.

Und diese Erkenntnis wieder, die wie eine innere Befreiung war, warf ihn dennoch in bodenlose Abgründe.

„Was wird werden, wenn sie erwacht, wenn der Tag kommt, an dem sie begreifen lernt — wenn aus dem Kinde ein Weib wird?"

Und ihn erbarmte ihrer in seinem Herzen. — — — — —

* * *

Es war ein Lachen, Leben, Beglückwünschen und Erstaunt-sein sondergleichen an ihrem Tische, das der Sensation dieses Abends galt, so daß Pieter glaubte, sich für eine kurze Zeit entfernen zu können. Ihn würden sie nicht vermissen. weder die Gäste, noch die drei, die überschwenglich gespendete Huldigungen in Gnaden entgegennahmen.

Aber den Herrn Leod wollte er sich doch aus dem Jubel herausbitten lassen, um ihm in der Diele oder Bar einige passende Worte zu sagen.

Draußen fing er einen Piccolo ab.

„Kennen Sie einen Herrn Mac Leod," fragte er ihn.

Der Kleine strahlte. „Sehr wohl, mein Herr," versicherte er.

„Dann gehen Sie hin zu ihm und bitten ihn in die Diele. Er sitzt im Saal, rechter Hand, am fünften Tische. Ein Herr erwartete ihn in dringender Angelegenheit für einige Minuten. Verstanden?"

„Sehr wohl, mein Herr. — Und der Name des Herrn, der Herrn Hauptmann zu sprechen wünscht?"

„Sei Ihnen leider nicht genannt worden."

„Sehr wohl," rief der kleine Mann zum dritten Male und fegte davon.

Pieter saß kaum noch im Vestibül, da erschien Mac auch schon. Er machte ein verdutztes Gesicht, als er den Freund erblickte, hatte sich aber sehr schnell gefaßt.

„Was soll dieser Unfug, Calisch," fragte er unwillig und blieb vor ihm stehen.

„Nehmen Sie wenigstens einen Augenblick Platz," antwortete dieser, „ich möchte Ihnen gratulieren."

„Gratulieren? — Einen Moment!" — Er drehte sich um. — „He, Ober, bringen Sie bitte zwei Curacao" — und über die Schulter zu Pieter — „Sie trinken doch mit?"

„Natürlich, dafür bin ich doch Holländer."

Der dienstbare Geist ging und brachte das Gewünschte.

„Also gratulieren wollen Sie mir," sagte Mac, indem er sich in einen Sessel gleiten ließ, „zu was, wenn man fragen darf?"

„Daß es diesmal noch gut gegangen ist, Leod. Es kann aber auch anders kommen. Was dann?"

„Ich verstehe Sie nicht, Calisch, beim besten Willen nicht. Sie müssen schon deutlicher werden. Ich habe keine blasse Ahnung, wo sie eigentlich hinauswollen."

„Wozu baten Sie mich nach Wiesbaden, Leod?"

„Es ist doch nett hier. Sehr nett sogar, finde ich. Auch die Gesellschaft ist nicht übel. Man kann sich hier leidlich wohl fühlen. — Und dann glaubte ich auch, eine Erholung könne Ihnen nicht schaden."

„Sie fühlen sich augenscheinlich nicht nur leidlich, sondern sogar sehr wohl?"

„O ja, Calisch, ich kann nicht klagen."

„Trotzdem Sie der veitstanzende Ungar aus Ihrem Himmeln riß?"

Da wurde Mac hellhörig. „Allerhand Hochachtung vor Ihrem Scharfblick," sagte er, „das haben Sie gemerkt?"

„Wie Sie sehen?"

„Traute auch?"

„Glücklicherweise nein! Und deshalb eben sitze ich Ihnen jetzt gegenüber."

Mac hob die Hände in komischem Entsetzen abwehrend in die Höhe.

„Um Gotteswillen, Calisch, fangen Sie nicht an zu holländern, Moral zu pauken, zu tante-friedländern! Ich habe den Zimmt dicke, ich kann ihn selbst in kleinen Dosen nicht mehr vertragen. Ich habe noch genug davon von Amsterdam her. Ich will leben, Calisch, leben, aber nicht in Eurer Moral ersaufen."

„Leben Sie nicht an der Seite Ihrer Frau?"

Da wurde Mac nachdenklich. Langsam erwiderte er: „Ich weiß es nicht, Calisch. Ich weiß nur, daß ihr etwas fehlt. Sie braucht eine Ergänzung."

„Und das ist die Fürstin?"

„Augenblicklich — ja! Es könnte aber auch eine andere sein — ein Dienstmädchen, ein Tippfräulein oder eine Bardame — irgendeine, die das Triebhafte oder Tierhafte besitzt, das Undefinierbare, das man nicht schildern, sondern nur empfinden kann, eben das, was ihr abgeht. Ich hätte doch wohl — nicht — heiraten — sollen."

„Das sagen Sie am neunten Tage Ihrer Ehe!?"

„Am neunten oder neunzigsten — das ist gleichgültig. Das Bedauerliche ist, daß ich es überhaupt sagen muß und daß es so ist, wie ich es sagte."

„Und was soll werden, Leod?"

„Wissen Sie es, ich weiß es nicht."

„Reisen Sie ab, Mac — fahren Sie zurück nach Amsterdam oder reisen Sie sonst wohin — nur gehen Sie der Fürstin aus dem Wege."

Da sprang Mac auf. „Fällt mir nicht ein! — Wozu auch? Es gibt überall Weiber, sogar in Eurem moralverseuchten Amsterdam. Einmal erfährt sie es doch, einmal wird es ihr dämmern, einmal erwacht sie zum Leben. Ihre Seele schläft. Sie ist noch ein Kind. — Pieter Calisch — hüte mein Weib." — Er wandte sich zum Gehen. „Entschuldigen Sie mich, ich muß zu den Damen" — und schritt hinaus.

Pieter blieb in seinem Sessel sitzen. Er wurde klein, ganz klein, kroch in sich zusammen, hörte nichts, sah nichts und dachte nur das eine: „Hüte mein Weib! — Der Vorhang rollt auf! — Die Tragödie beginnt!"

Nach fünf Minuten Dahockens war er mit sich im Reinen, ging in den Saal zurück und war sehr aufgeräumt. Mac tanzte gerade mit der Fürstin, als er am Tische Platz nahm, den letzten Tanz, wie Traute versicherte, da die Malakow müde sei.

Und bei diesem letzten Tanze machte Mac der Fürstin Mitteilung von dem gehabten Gespräch. „Das ist peinlich," sagte sie — und nach einer Pause: „Ich werde ihm zu begegnen wissen."



Bei allen Hausfrauen beliebt wegen ihrer Güte ist

MAGGI's Fleischbrühe

Sammeln Sie MAGGI-Gutscheine!